



POLITIK MIT DER BIBEL?

Diskussionsveranstaltung
im Landtag Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2000

Heft 13

der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Rheinland-Pfalz

Redaktion: Hans-Peter Hexemer

Referent für Öffentlichkeitsarbeit

Deutschhausplatz 12

55116 Mainz

Fotos: Klaus Benz

Titelgestaltung: Petra Louis

Copyright: Landtag Rheinland-Pfalz 2001

Druck: Satz + Druck Werum GmbH, Mainz-Hechtsheim

Der Landtag im Internet: <http://www.Landtag.Rheinland-Pfalz.de>

POLITIK MIT DER BIBEL?

Diskussionsveranstaltung
im Landtag Rheinland-Pfalz
am 14. Dezember 2000

INHALT

BEGRÜSSUNG

Landtagspräsident Christoph Grimm	5
-----------------------------------	---

PODIUMSDISKUSSION 9

Dr. Heiner Geißler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bärbel Wartenberg-Potter
designierte Bischöfin von Nordelbien

Klaus Bresser
Journalist, ehemaliger Chefredakteur des ZDF

DISKUSSION MIT DEM PUBLIKUM 41



BEGRÜSSUNG

LANDTAGSPRÄSIDENT CHRISTOPH GRIMM

Meine sehr verehrten Damen und Herren, herzlich willkommen zu unserer vorweihnachtlichen Diskussionsveranstaltung zu einem Thema, das auch in die Weihnachtszeit passt.

Ich freue mich, viele bekannte Gesichter und viele bedeutende Persönlichkeiten zu sehen. Bitte sehen Sie es mir nach, dass ich Sie nicht alle individuell begrüßen kann. Sie sind mir alle gleichermaßen herzlich willkommen.

Wir wollen nicht zu viel Zeit verlieren, sondern so schnell wie möglich zur Diskussion kommen. Gestatten Sie mir dennoch zunächst einige wenige einleitende Bemerkungen.

Meine Damen und Herren, der Missbrauch der Bibel für und durch die Politik kennzeichnet die Geschichte des Christentums.

Auch der Koran erleidet bis heute ein ähnliches Schicksal. Daher mag manchen schon die Frage nach einer „Politik mit der Bibel?“ anachronistisch erscheinen.

Es wundert daher auch nicht, dass Philosophen und Politiker zu allen Zeiten den Versuch unternommen haben, die Politik zu – wie sie behaupten – entideologisieren. Heute – so will es scheinen – hat sich die Auffassung durchgesetzt, eine Moralisierung der Politik, also eine Politik, die sich auf Ethik und Moral stützt, sei weder möglich noch wünschenswert.

In der modernen Welt sei Politik gerade dadurch erfolgreich, weil sie mit Moral nichts zu tun habe, und eine auf moralische Werte gestützte Politik helfe nicht nur nicht bei der Lösung der Probleme, sondern mache sie vielmehr endgültig unmöglich.

Auf der anderen Seite zeigt die unübersehbare Orientierungskrise, in der sich die Politik befindet, dass eine Politik, die intellektuell und moralisch ernst genommen werden will, sich weiter gesteckte Ziele setzen und sich anderer Formen bedienen muss, als sie es derzeit tut, denn in mancherlei Hinsicht sind die Verheißungen, auf denen die Moderne in Gestalt der neuzeitlichen Wissenschaft und Aufklärung ihren Triumphzug angetreten hat, in ihr Gegenteil umgeschlagen.

So korrespondiert mit der wachsenden wissenschaftlich-technischen Herrschaft des Menschen über die Natur ein Niedergang der Vernunft. Die abzusehende Klimakatastrophe, der Hungertod von vielen tausend Kindern weltweit täglich und die wachsenden Flüchtlingsströme sind zwischenzeitlich nicht nur Themen für die abschätzig so genannten „Gutmenschen“, für die „Gesinnungsethiker“ bei Greenpeace, Unesco und „Brot für die Welt“. Auch die „Verantwortungsethiker“, die glaubten, eine zweckrationale Politik von Gesinnung gleichsam abstrahieren zu können, spüren, dass sie damit an Grenzen stoßen.

Aber es gibt sie noch, die Politiker, die sich vor allem an den Befindlichkeiten ihrer Wähler orientieren, die nicht wagen, ihnen etwas zuzumuten, aus Angst, sie könnten dadurch Wahlen verlieren. Dieses Risiko ist real, wie wir aus der jüngsten Zeit wissen.

Ist es also gar politisch unklug, Ethik und Moral sozusagen in die politische Praxis mit einzubringen? Aber was droht uns, wenn wir sie aus der Politik verbannen? Was soll denn dann unsere Gesellschaft noch zusammenhalten? Die „New Economy“ vielleicht? Die Antwort liegt auf der Hand: Markt und Geld können keine Sinnstifter für die Gesellschaft und damit auch nicht für die Politik sein. Wer oder was denn sonst? Vielleicht dann doch und immer noch die Bibel und das Evangelium? Welche Maßstäbe, welche Hilfen gibt sie uns, den Politikern an die Hand?

Die historischen Erfahrungen, aber auch aktuelle Debatten lehren, dass dies immer umstritten war und auch sicher sein wird. Zu vielen Fragen lassen sich aus der Bibel eben immer viele Antworten und Zitate finden. Es lassen sich auch immer einander widersprechende Positionen begründen. Die Todesstrafe ist nur ein Beispiel dafür. Auch zur Rolle der Frau in dieser Gesellschaft lassen sich widersprüchliche Aussagen finden. Scheidet demnach die Bibel als ein ethisches Fundament für die Politik dann doch aus? Darum geht es heute Abend in unserer Diskussion.

Ich freue mich darüber, dass so viele von Ihnen gekommen sind, um die Diskussion zu verfolgen, um sich aber auch an der Diskussion zu beteiligen. Diese Beteiligung ist ausdrücklich gewünscht.

Ich begrüße mit großer Herzlichkeit Frau Bärbel Wartenberg-Potter.

Sie ist zur neuen Bischöfin in Holstein-Lübeck, der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche, gewählt worden. Sie wird am

1. April nächsten Jahres in ihr Amt eingeführt werden. Frau Wartenberg-Potter studierte Germanistik und Theologie. Sie ist seit 20 Jahren Pfarrerin und hat die Schwerpunkte ihrer Arbeit auf die Rolle der Frau in der Kirche sowie die Ökumene gelegt. Vor allem aber sind ihr die Probleme der Dritten Welt gleichsam ein Herzensanliegen.

Dr. Heiner Geißler, den ich an alter Wirkungsstätte ganz herzlich begrüße, ist allen politisch Interessierten, was Sie alle sind, ein Begriff. Von 1971 bis 1979 war er Mitglied des rheinland-pfälzischen Landtags. Zehn Jahre lang war er Minister für Soziales, Gesundheit und Sport. Er hat Spuren hinterlassen. Vor allem war Heiner Geißler aber ein Politiker, der sich mit dem Spannungsverhältnis zwischen Moral und Politik öffentlich befasst und sich mit den Ansprüchen an eine christliche Politik in unserer Zeit oft auch zugespitzt auseinander gesetzt hat.

Ihnen allen danke ich, dass Sie uns die Gelegenheit zu einem fruchtbaren Gedankenaustausch gegeben haben, der für uns ganz gewiss eine große vorweihnachtliche Bereicherung sein wird.

Ich freue mich, dass die Diskussion heute Abend ein so renommierter Journalist wie Klaus Bresser, der hier vor mir sitzt, ehemaliger Chefredakteur des ZDF, leiten wird. Herr Bresser, ganz herzlichen Dank. Sie haben nun das Wort.

PODIUMSDISKUSSION



Klaus Bresser: Vielen Dank, Herr Präsident Grimm. Politik mit der Bibel? Das ist eine kühne Frage ausgerechnet heute, da die Christen doch nach allgemeiner Sicht in der Defensive sind, da wir in den westlichen Gesellschaften einen Prozess der Entchristlichung und damit auch der Entsolidarisierung erleben, Glaube und Religion und damit auch Gemeinsinn und Verantwortlichkeit auf dem Rückschritt sind. Andererseits: Auch moderne Industriegesellschaften – Herr Grimm sagte es – können sich nicht allein auf Eigennutz, auf Konkurrenzkampf und brutales Gewinnstreben stützen. Müssen sie sich nicht auf Werte und Normen gründen, um ihr Überleben zu sichern? Zum Beispiel auf das Grundgesetz der Bundesrepublik, das – wie es in der Präambel heißt – im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen, formuliert worden ist. Es postuliert ethische Grundsätze, die man nicht anders als christlich bezeichnen kann, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, die Unantastbarkeit der Menschenwürde.

Bevor beide Referenten gebeten sind, in einem sehr kurzen Referat das Ihre zu sagen, lassen Sie mich mit zwei Fragen beginnen, an jeden von Ihnen eine. Frau Wartenberg-Potter, wenn Sie im April Bischöfin in Nordelbien sind – das ist ein sehr politisches Amt –, müssen Sie dann etwas weniger Christ sein, um als Politikerin erfolgreich sein zu können?

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich verstehe es durchaus umgekehrt. Je mehr Profil ich zeige, je mehr christliche Identität ich auch öffentlich zu erkennen gebe, umso besser wird es gelingen, mein Amt zu führen. Das erwarte ich und hoffe ich. Ich glaube auch, dass es in unserer Gesellschaft Defizite an erkennbarer christlicher Identität gibt. Ich möchte dazu beitragen, diese Defizite durch meine Amtsführung schließen zu helfen.

Klaus Bresser: Umgekehrt die Frage an Sie, Herr Geißler, müssen Sie etwas vom Politiker aufgeben, um so richtig Christ sein zu können?

Dr. Heiner Geißler: Was heißt so richtig? Nein, ich meine, wir debattieren zurzeit die so genannte Identität, die wir alle angeblich haben müssen, die auch gesucht wird. Da sage ich, meine Identität erschöpft sich nicht darin, Deutscher zu sein, zum Beispiel. Ich versuche, Demokrat zu sein. Ich versuche, Christ zu sein. Die beiden letzteren Identitäten sind für mich wichtiger als Deutscher zu sein. Das ist auch meine Haltung zur Politik. Nach meiner Auffassung gibt es keine wertfreie Politik. Wenn sie wertfrei wird, endet sie im Kataklysmas, in der Katastrophe. Das haben wir im letzten Jahrhundert erlebt.

Klaus Bresser: Wenn Politik die Regelung der allgemeinen Angelegenheiten ist, ist dann die Religion Privatsache? Darf dann Religion Privatsache sein? Vielleicht ist das das Stichwort für Sie, Frau Wartenberg-Potter, um einiges Grundsätzliche zu sagen.



Bärbel Wartenberg-Potter: Danke, dass Sie mir Gelegenheit dazu geben. Die Frage, die Sie mir gestellt haben, Politik mit der Bibel zu machen, hat mich zu ein paar Überlegungen veranlasst. Die Wichtigste war Folgende: Woher nehmen die Politikerinnen und Politiker ihre Grundsätze für die Entscheidungen, die sie tagtäglich fällen müssen?

In dem Kontext, in dem wir leben, ist als Stichwort für die Kirchen festzuhalten, dass dieser Jahrhundertbeginn mit einem Traditionsabbruch einhergeht, dass immer weniger Menschen immer weniger über Bibel und Tradition wissen. Andererseits ist eine enorme Beschleunigung gesellschaftlicher Prozesse, z. B. durch die Entwicklungen in der Gentechnologie, der medizinischen Forschung, der medialen Welt, der Globalisierung festzustellen. Können wir überhaupt noch Schritt halten mit unseren ethischen Antworten auf Herausforderungen, die sich da entwickeln? Geht das nicht inzwischen so schnell, dass auch nach-

denkliche Zeitgenossinnen und Zeitgenossen kaum mehr mitkommen bei diesen Fragen, geschweige denn, dass sie solide Antworten finden?

Nach meiner Beobachtung hat auch die Politik immer weniger Gestaltungsspielräume, weil sie vieles freiwillig den Kräften des Marktes überlässt und immer mehr Eigengesetzlichkeiten die demokratischen Zielbestimmungen: „Wo soll es denn hingehen mit unserer Gesellschaft?“ unterlaufen. Also die Politik und die Kirchen haben etwas gemeinsam, nämlich bestimmte Entwicklungen laufen vor ihnen her und sie vielleicht ein Stück weit hinterher.

Was erwarten wir aus christlicher Perspektive von der Politik? Was für Antworten kann es geben? Ist es richtig, dass alles, was heute machbar ist, auch gemacht werden muss? Können die Wünsche der Forschungsindustrie Programm für die Zukunft sein? Sind die Politikerinnen und Politiker mit der postmodernen Devise „Anything goes“ in eine Situation geraten, in der sie mitsteuern oder nur noch beobachten, wie ein sozial-darwinistischer Grundgedanke Platz greift: Das Überleben der Stärkeren, alle gegen alle? Was sind die am Gemeinwohl orientierten Prinzipien, die politisch durchgesetzt werden sollten? Ich möchte dagegen bekräftigen: Politik mit der Bibel, jawohl.

Ich bin selber in einer theologischen Tradition groß geworden, in der wir den Satz: „Die Bibel in der einen Hand und die Zeitung in der anderen“, sehr ernst genommen haben. Für viele Menschen ist die Wirklichkeit, wenn sie nicht mehr mit dem an der Bibel orientierten Blick beurteilt wird, absurd und zum Ver zweifeln. Auf der anderen Seite: Wenn die Bibel nicht mehr im Kontext der Wirklichkeit, in der wir tatsächlich leben, gelesen wird, wird sie ein historisches Buch und unser Christentum wird zur Traditionspflege.

Wie kann aus der Bibel Hilfe gewonnen werden für die tägliche Politik? Ich glaube durchaus, dass man das kann. Es ist sogar unausweichlich, es zu tun. Ich möchte das an zwei Beispielen erläutern. Das eine sind die Zehn Gebote, die vielen Menschen heute noch geläufig sind, sie lernen sie im Konfirmandenunterricht oder Religionsunterricht. Der andere Text ist die Bergpredigt, von der immer wieder gesagt wird, man könne mit ihr nicht Politik machen.

Das sind zwei Texte, die eine große Rolle bei diesem Thema spielen. Natürlich könnten es auch andere Texte sein. Diese Zehn Gebote, die auch in die Menschenrechte eingeflossen sind, sind keine moralische Anforderung, sondern eigentlich, theologisch richtig verstanden, ein Angebot, eine Chance, die Gemeinschaftsbeziehungen so zu gestalten, dass das Leben in der Gemeinschaft gelingt.

Die Rechte der Mitmenschen und ihre Lebensmöglichkeiten zu achten, ist das Herzstück dieser Texte. Sie sind verankert in einem Gottesglauben. Manche Menschen sagen, das müsse nicht sein, man könne die Mitmenschen auch ohne den Gottesglauben respektieren. Aber die Rechte der Mitmenschen und der Schutz ihrer Lebensbereiche sind es, die mit diesen Geboten, mit diesen Weisungen für ein gemeinschaftliches Leben, geschützt werden.

Sie basieren auf Beziehungen, die ehrfurchtsvoll sind, die das Recht und den Besitz der anderen achten, die Leben ermöglichen, nicht nur für die Menschen, sondern auch für die Tiere und für die Natur – wie höchst aktuell! Freilich sind die Zehn Gebote Weisungen für eine archaische Gesellschaft, aber ihr Grundethos, das Grundanliegen, das hier sichtbar wird, ist, dass richtige Beziehungen zu Gott und richtige Beziehungen der Menschen untereinander sich entsprechen sollen. Darum geht es

in der ganzen Bibel. Das ist das biblische Verständnis von Gerechtigkeit. Das Leben, das ermöglicht wird, beruht darauf, dass wir in richtigen Beziehungen stehen. Die Politiker werden sofort fragen: Was ist richtig? Richtig ist in jedem Fall, dass die Lebensrechte anderer nicht geschmälert oder gar zerstört werden. Jesus hat das Ganze in der Bergpredigt noch radikalisiert, zum Beispiel, indem er zur Feindesliebe aufgerufen hat, eine Radikalisierung, die uns sagen will, dass zur Lösung von Konflikten letztlich nur der Weg des Durchbrechens der Gewaltspirale möglich ist und nicht die Eskalation von Gewalt.

Dies alles sind keine moralischen Forderungen, kein Muss, sondern ein zutiefst an dem langfristigen Gemeinschaftswohl orientiertes Denken, das den Menschen helfen will, Konflikte im Keim zu ersticken bzw. zu vermeiden; denn jede Verletzung der Rechte des Mitmenschen oder auch der Natur führt zu Konflikten, die die ganze Gemeinschaft destabilisieren können.

Wir haben in den letzten Jahren an einigen konkreten Themen versucht, zu buchstabieren, was es heißt, aus dem Grundethos der Bibel heraus zu leben. Einer der wichtigsten Bereiche, den wir in diese Diskussion einbringen, ist, dass die Bibel ohne Wenn und Aber den Schutz der Schwachen und der Armen in den Vordergrund stellt. Auf keinen Fall dürfen ihre Rechte gebeugt werden; denn die Schutzlosen stehen unter dem besonderen Schutz Gottes und all derer, die für sie im Namen Gottes eintreten. Deshalb sind die Kirchen aufgerufen, dies zu tun, aber nicht nur, weil es den armen Menschen nützt, sondern weil es der Gemeinschaft als ganzer nützt. Letztlich aber, weil dies mitmenschliche Handeln unser eigenes Menschsein begründet.

Ein zweites Stichwort ist der Schutz der Fremden. In der Bibel ist auch ohne Wenn und Aber gesagt, dass die Fremden, die Fremdlinge, die gleichen Rechte wie die Einheimischen in der

Gemeinschaft haben sollen. Wie aktuell, darüber nachzudenken! Auch hier geht es darum, dass die Gemeinschaft bestimmte Qualitäten haben muss, damit die Konflikte, die durch das Zusammenleben verschiedener Menschen entstehen, durch Rechtsschutz und nicht durch Gnadenerweise entschärft werden.

Ein drittes Beispiel ist der Sonntagsschutz. Das Gebot des Ruhetages ist, theologisch gesehen, nicht nur von Gott „für sich selbst“, für den Gottesdienst, für die Beziehung zu Gott, gemeint, sondern gleichzeitig verbunden mit dem Ruhen der Schöpfung, dem Ruhen von Mensch und Tier, der Wiederherstellung der Kräfte, aber auch der Wiederherstellung der richtigen Beziehungen. Deshalb ist das gemeinsame Ruhen so wichtig. Dass alle in dieser Zeit wieder zu den ursprünglichen richtigen Beziehungen zurückkommen können, sie bearbeiten, sie pflegen und an diesem Tag auf den Mehrwert, der von den „Knechten und Mägden und Tieren“ erarbeitet wird, verzichtet wird, das – so heißt es in der Bibel – ist gut für die Gemeinschaft und für den Menschen.

Schließlich ein letztes Beispiel. Es geht um den Satz „Du sollst nicht stehlen“. Die private Lesart sagt: Jugendliche sollen wissen, kein Cola im Supermarkt zu stehlen. Aber gesellschaftlich und politisch gelesen geht es darum, dass die Beraubung von Menschen – besonders die Beraubung der Lebensgrundlagen der wirtschaftlich Schwächeren – die ganze Gemeinschaft schwächt. Viele heutige Marktmechanismen verbieten es nicht, die Lebensgrundlagen anderer zu schwächen und zu rauben, ja sie fördern solche Verhaltensweisen oft auch noch mit besonderen Subventionen. Aber in der Diskussion um die Zukunft der Gesellschaft können wir nicht mehr kurzfristige Ziele gegen langfristige ausspielen. Der Substanz nach müssen wir an diesen alten Weisungen der Bibel feststellen, was Gottes Wille ist, der den Menschen und der menschlichen Gemeinschaft dient. Das

ist die Intention der biblischen Weisung. Die Bergpredigt sagt: Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt. – Wie können wir das sein, ohne uns in die Politik einzumischen, deshalb müssen wir Politik mit der Bibel machen.

Klaus Bresser: Vielen Dank, Frau Wartenberg-Potter. Herr Geißler, ich denke, wir schütten jetzt ein wenig Wasser in den Wein und sagen zum Beispiel, dass nur 45 % in Deutschland an die Existenz Gottes glauben. Dass die Kirchen in jedem Jahr 300 000 bis 400 000 Seelen verlieren und der Einfluss der Religion, des Glaubens, der Kirchen auf die Politik abnimmt. Haben Sie nach dem, was Sie zu Beginn sagten, den Eindruck, dass Sie sich mit Ihrer christlichen Haltung innerhalb der Politik in den letzten Jahre isoliert haben?

Dr. Heiner Geißler: Das glaube ich nicht. Das wäre mir auch egal. Aber ich bin auch nicht der Meinung, dass wir einen Rückgang der Fragen nach dem Sinn des Lebens haben. Ganz im Gegenteil, esoterische Zirkel, Sekten, Jugendsekte und pseudo- oder realreligiöse Gemeinschaften außerhalb der Kirchen, die Psychiater, die Psychotherapeuten haben einen unglaublichen Zulauf. Dies gilt allerdings nicht für die Kirchen. Deswegen müssen sich die Kirchen die Frage stellen, was sie falsch machen. Die Sinnkrise, von der man immer wieder redet, ist zum Teil auch eine Krise der Kirchen. Ich stimme Ihnen, Frau Wartenberg-Potter, in drei der vier genannten Beispiele vollkommen zu, aber wir machen es viel zu defensiv, und vor allem unterhalten wir uns in der Öffentlichkeit sehr oft über absolut falsche Themen.

Ich bin der Auffassung, die Bibel oder die Botschaft Jesu – sollten wir vielleicht etwas präziser sagen – hat eine klare politische Dimension. Es gab viele Entpolitisierer des Christentums – Luther hat auch dazu gehört, in der Katholischen Kirche auch



viele –, die gesagt haben, das muss man sauber voneinander trennen. Man hat sich auf den Satz berufen: Mein Reich ist nicht von dieser Welt. – Das ist eine falsche Übersetzung, wie Pinchas Lapide, der große jüdische Bibelforscher, durch die Rückübersetzung ins Aramäische nachgewiesen hat. Jesus wollte in Wirklichkeit sagen: Mein Reich ist himmlischer Herkunft, hat eine göttliche Begründung, im Gegensatz zu den von den Menschen geschaffenen Götterwelten der römischen Zeit. Eine klare politische Dimension. Die Welt sollte verändert werden, und zwar zum Besseren, und die Hauptbotschaft ist die Liebe zu Gott und die Liebe zum Nächsten.

Beides ist gleichwertig. Im Johannesbrief steht im vierten Kapitel der Satz: Wie kann jemand Gott lieben, den er nicht sieht, wenn er den Bruder hasst, den er sieht. Das heißt, beides gehört zusammen. Es gibt keine Gottesliebe im Sinne der Bibel, die ohne die Liebe zum Nächsten daherkommt.

Jetzt muss man sich Gedanken darüber machen, was das heute bedeutet. Nächstenliebe heißt natürlich nicht nur Lazarett und warme Suppen. In einem modernen Industriestaat, in einer globalisierten Ökonomie bedeutet Nächstenliebe eine gerechte Ordnung, ohne dass man deswegen gegen den Markt polemisieren müsste. Nur, der Markt für sich genommen schafft keine Gerechtigkeit. Er muss in eine Ordnung hineingebracht werden. Es ist die Frage, welche Ordnung.

Da muss man sich auch noch einmal darüber Gedanken machen, ob man nun jeden Satz in der Bibel auf die politische Wirklichkeit übertragen kann. Ich glaube nicht, dass dies möglich ist. Dann wären wir christliche Ayatollahs. Wir haben es in der Kirchengeschichte hinter uns, dass sich die Kirche zum Staat gemacht hat. Gott sei Dank haben wir diese Periode hinter uns gebracht. Die Muslime haben diese Aufgabe noch vor sich. Aber das Evangelium gibt uns ein Bild vom Menschen. Dieses Bild vom Menschen unterscheidet sich wesentlich von anderen Bildern.

Ich bringe immer wieder das Beispiel: Karl Marx hat in einer seiner früher Schriften über die Judenfrage gesagt, der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch, sondern er muss das richtige gesellschaftliche Bewusstsein haben und der richtigen Klasse angehören. Bei den Nazis war es die richtige Rasse. Bei den Nationalisten ist es bis auf den heutigen Tag, einschließlich der deutsch-nationalen Dumpfbeutel, die bei uns herumlaufen, die Nation, die notwendig ist, dass jemand eigentlicher Mensch sein kann. Bei den Fundamentalisten ist es die Religion. Wenn die Leute im letzten Jahrhundert bis auf den heutigen Tag das Pech hatten, zur falschen Klasse, Rasse, Religion, Nation zu gehören, wurden sie liquidiert, zu Tode gefoltert, vergast, in die Luft gesprengt oder sonstwie umgebracht, das heißt, die falschen Menschenbilder waren die Ursachen für die schwersten Verbrechen und die übelsten politischen Fehlent-

scheidungen. Deswegen müssen wir die Frage stellen, was das richtige Menschenbild ist. Da sind wir bei der Bibel.

Das christliche Menschenbild, das man heute auch das humane Menschenbild nennen könnte, ist eben das kontradiktorische Gegenteil zu diesen Bildern, die ich gerade genannt habe. Der Mensch, wie er geht und steht, ist der eigentliche Mensch. Das hat unglaubliche politische Konsequenzen; denn das bedeutet, dass die Menschenwürde unantastbar ist, weil sie in Gott verankert ist, und zwar unabhängig davon – jetzt wird die Sache politisch –, ob jemand jung oder alt ist. In England bekommen Leute, die älter als 80 Jahre sind, keine Bypassoperation mehr, kein künstliches Hüftgelenk. Sie werden vom Dialyseapparat abgeschaltet, es sei denn, sie haben genügend Bimbos, um das privat bezahlen zu können.

Auch unabhängig davon, ob jemand Mann oder Frau ist. Das Beispiel haben Sie genannt. Dies schauen wir uns in der Realität an: In Deutschland mehr oder weniger, auf der ganzen Welt gibt es keinen Bevölkerungsteil – dies ist die Mehrheit –, der mehr diskriminiert und benachteiligt wird, und zwar aus politischen Gründen, als die Frauen.

Die Menschenwürde ist unantastbar, unabhängig davon, ob jemand gesund oder krank ist. Was sagen wir zu der Zweiklassen-Medizin, die sich im Moment in Deutschland ausbreitet. – Eine absolute Katastrophe.

Unabhängig davon, ob jemand behindert oder voll leistungsfähig ist. Jetzt schauen wir einmal die Anbetung der Leistung, des Rangs, des Titels und der Orden und all das an, was in dieser Welt heute eine Bedeutung hat gegenüber denjenigen, die nichts oder noch nicht etwas leisten können: Kinder, alte Menschen, Behinderte. Wie ist die gesellschaftliche Position?

Da gebe ich Ihnen völlig Recht, die Menschenwürde ist auch unantastbar unabhängig davon, ob jemand Deutscher oder Ausländer ist - Es gibt nichts, was der Botschaft des Evangeliums so diametral entgegengesetzt ist wie Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass – und unabhängig davon, ob jemand Christ oder Jude, Weißer oder Schwarzer ist. Dann gehört zu diesem Menschenbild hinzu, bestätigt oder eigentlich begründet durch die Nächstenliebe, dass der Mensch ein Sozialwesen ist. Kein Mensch kann ohne andere Menschen auskommen. Selbst der noch amtierende Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, mit Gewissheit ein überzeugter Neoliberaler, hat sich nach seiner Geburt nicht selbst gefüttert, sondern musste, damit er überleben konnte, ernährt werden und war auf die Hilfe anderer Leute angewiesen.

Der Mensch ist ein Sozialwesen. Das gilt für alle Menschen. Wenn Sie sich die heutige Situation einmal anschauen, dann werden Sie erleben, dass die Politik Millionen, Hunderte von Millionen ausgrenzt und ihnen nicht das zukommen lässt, was die Menschenwürde als Ausdruck des christlichen Menschenbilds vermittelt hat.

Klaus Bresser: Die Frage ist, kann der Mensch auch aus eigener Kraft seinem Leben einen Sinn geben. Ich frage das deshalb, weil Sie humane Ziele beschreiben und man doch kritisch gegenfragen und sagen könnte, braucht es dazu das Christentum?

Ignatz Bubis hat an dieser Stelle vor einem knappen Jahr, kurz vor seinem Tode, gesagt, man kann Menschenwürde und Menschenrechte mit dem Namen Gottes bewahren, aber auch ohne den Namen Gottes. Vielleicht richtet sich die Frage auch an die Theologin. Das sind allgemein menschliche Ziele, die beschrieben werden. Braucht man dazu die Bibel?

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich sehe, dass Menschen durchaus zu ethischen Positionen kommen, die den christlichen ähnlich

oder identisch sind, ohne eine Verankerung in der christlichen Tradition zu haben. Die Theologen haben sich auch Gedanken gemacht, wie man das erklären kann, dass nämlich der Heilige Geist Gottes nicht nur in der Kirche wirkt, sondern auch außerhalb.

Wichtig ist für mich, dass Menschen, die aus der Bibel leben und die sich der biblischen und christlichen Tradition verbunden fühlen - Herr Geißler, dazu möchte ich doch die ganze Bibel nehmen, nicht nur die Botschaft Jesu - eine Reihe dieser ethischen Kriterien mit Blick auf Fremde und Schuldenerlass, das sind Dinge, die in der Hebräischen Bibel auch schon grundgelegt sind, auch die Nächstenliebe ist dort schon grundgelegt. Ich möchte die ganze Bibel zusammenhalten.

Menschen, die ihre Überzeugungen mit der Bibel begründen, tragen in einem Raum wie diesem dazu bei, die Überzeugungen und die Werte, die uns in der christlichen Tradition wichtig sind, einzubringen und umzusetzen.

Unsere Überzeugungskraft wird umso größer sein, je glaubwürdiger wir das selbst leben. Also diese beiden Dinge hängen miteinander zusammen. Dazu braucht es die Christen.

Klaus Bresser: Aber wie geht „Politik mit der Bibel“? – Sie selbst sprachen von der Bergpredigt. Von der sagen Bismarck wie Helmut Schmidt, mit der kann man keinen Staat regieren. Schröder spricht erst gar nicht davon, sondern redet wie die meisten Politiker von Verantwortung, auch einmal von Pflichtgefühl. In der Tat ist diese sehr christliche Ethiklehre, die in der Bergpredigt steckt, eine radikale Absage an moderne Lebensformen: Selig sind die Sanftmütigen; richtet nicht, auf dass ihr nicht gerichtet werdet; selig sind die, die da geistig arm sind. Verzicht auf die Gegenwehr, keine Sorge um den nächsten

Tag, seht die Vögel an. All das ist aus der Bergpredigt und befremdet doch sehr viele. Jedenfalls kann sich kaum ein Politiker vorstellen, dass man daraus Politik machen kann.

Bärbel Wartenberg-Potter: Da möchte ich Ihnen gleich ein Gegenbeispiel zitieren. Ministerpräsident Höppner hat sich auf dem Kirchentag in Leipzig genau auf diese Fragen bezogen und gesagt, er kann sich gar nicht vorstellen, wie man ohne die Bergpredigt regieren kann. Er hat es so zugespitzt, weil er meint, um die vielen Probleme, denen er tagtäglich als Politiker gegenübersteht, und für die vielen Sackgassen, in denen er ist, bewältigen zu können, ist ihm die Bibel ein unerschöpflicher Schatz an Lösungsmöglichkeiten, an Modellen und Ideen, die ihn beflügeln, in seinem Kontext nach solchen zu suchen.

Es gibt also genau die gegenteilige Erfahrung mit der Bergpredigt von einem ausgewiesenen Politiker wie Höppner. Ich bin der Meinung, dass diese Sätze nicht einzeln im Raum stehen gelassen werden sollten, sondern auf das bezogen werden sollten, was ich eingangs sagte. Die meisten Sätze wollen uns auf ein Zusammenleben ausrichten, in dem Menschlichkeit, die Rechte der anderen und Respekt eingeübt werden. Als einzelne Sätze stehen sie steil in der politischen Landschaft. Wenn man aber weiß, dass sie uns helfen wollen, in der richtigen Beziehung zu Gott und zu den Menschen zu leben, haben sie eine andere Qualität. Dann stehen sie nicht als Forderung da, sondern als die Ermöglichung eines gemeinschaftsbezogenen und friedlichen Zusammenlebens. Dazu gehört es, die Schwachen mit ihren Rechten und mit ihrer Würde voll anzuerkennen und sich nicht jeden Tag zermartern zu lassen, indem wir heute schon die Sorgen von morgen vorwegnehmen.

Klaus Bresser: Herr Dr. Geißler, was können Sie mit dem Satz aus der Bergpredigt „Selig sind die, die um der Gerechtigkeit willen

verfolgt werden; denn ihrer ist das Himmelreich“ anfangen? Wie kann dieser Satz nach Hexenjagd, nach den Kreuzzügen, nach dem Holocaust und nach Massenmord bis in die heutigen Tage noch gepredigt werden?

Dr. Heiner Geißler: Ich glaube nicht, dass die KZ-Ermordeten in der Hölle gelandet sind. Und nicht Gott, sondern Menschen haben die Juden vergast. – Es gibt noch ein anderes, sehr positives Beispiel zu diesem Thema.

In den 80er-Jahren fanden die Auseinandersetzungen zwischen den Friedensbewegungen und denjenigen, die die Demokratie und die Freiheit verteidigen wollten, statt. Die Sozialdemokraten haben einen Wandel durch Annäherung vorgeschlagen. Die NATO und die CDU waren der Meinung, es müsse eine klare Position bezogen werden. So un erfolgreich ist die Geschichte aber nicht gewesen.

Jesus sagte einmal zu den Juden: „Wenn euch einer zwingt, eine Meile mit ihm zu gehen, dann geht mit ihm zwei Meilen.“ Das versteht man ohne den historischen Hintergrund überhaupt nicht. Die Soldaten der römischen Besatzungsmacht hatten das Recht, einen Juden zu zwingen, für ihn eine Meile das Gepäck, also seinen Tornister, zu tragen. Jetzt sagt Jesus: „Wenn dich einer zwingt, eine Meile den Tornister zu tragen, dann gehe zwei Meilen mit ihm.“

Was wollte er damit sagen? Er ging davon aus, dass nach der zweiten Meile das Verhältnis zwischen dem Juden und dem römischen Soldaten ein anderes sein wird als nach der ersten Meile. Der Römer wird dann ganz baff sein und fragt: „Ist der verrückt geworden? Er läuft noch eine zweite Meile mit, obwohl er es gar nicht muss.“ Die beiden kommen dann ins Gespräch und unterhalten sich miteinander.

In den 80er-Jahren hat die CDU das Vorleistungen genannt. Das ist aber nicht das Einzige gewesen. Der biblische Begriff des Friedens ist nicht der Friedhofsrieden gewesen, sondern „Schalom“. Schalom bedeutete immer Gerechtigkeit und Frieden. Das heißt, die alten Juden und die Bibel gingen ganz klar davon aus, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit gibt. „Opus iustitia pax“ hat Thomas von Aquin gesagt: Gerechtigkeit schafft Frieden.

Im Grunde genommen haben beide biblischen Überzeugungen in den 80er-Jahren, auch wenn die handelnden Politiker das im Einzelnen gar nicht so internalisiert haben, was Hintergrund ihrer Position war, dazu beigetragen, dass der Frieden stabilisiert worden ist und wir heute eine andere Situation als Anfang der 80er-Jahre haben. So weit sind wir also gar nicht davon entfernt, dass die Bibel nicht Einfluss auf die Gedanken und das Handeln der Politiker nehmen könnte.

Jetzt zu Ihrer Frage nach der Gerechtigkeit: Man muss sich an Jesus orientieren. Ich bin der Meinung, dass das zu akademisch geschieht. Im zweiten oder dritten Evangelium nach Matthäus steht: „Als sie seine Worte hörten, gerieten die Scharen außer sich.“ Das heißt, die Leute sind fast verrückt geworden, als sie das gehört haben, weil sie das noch nie gehört hatten. In dieser Hinsicht stimme ich Ihnen zu, dass Jesus immer an der Seite der Benachteiligten, der Schwächeren, der Kollaborateure, der Zöllner, der Dirnen, der Ehebrecher, der Aussätzigen, der Behinderten und der Lahmen stand. Das war sozusagen das Publikum, das ihm zugelaufen ist.

Klaus Bresser: Er stand aber auch an der Seite der Mächtigen.

Dr. Heiner Geißler: Nein. Er hat zu den Mächtigen und zu denen, die mit den Mächtigen verbündet waren, gesagt: „Ihr gleicht Schüsseln, die nach außen sauber sind, aber nach innen voll mit

Knochen und Dreck.“ Er ist mit den Leuten in einer massiven Form umgegangen und hat Position bezogen gegen diejenigen, die damals Macht ausgeübt haben.

Wenn man die Botschaft des Evangeliums so versteht, lautet sie mit Sicherheit, dass es eine Gegenwelt zu dem war, was damals gegolten hat. Das hat sich bis heute nicht verändert. Auch damals haben Macht, Rang, Titel, Ansehen und Geld genauso wie heute gegolten. An dieser Stelle stelle ich mir die Frage, ob die Kirchen die Botschaft so klar und deutlich herausstellen.

Ich nenne das Beispiel der Rechtfertigungslehre. Herr Ratzinger hat drei Seiten lang in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über die Rechtfertigungslehre geschrieben. Was ist der Kern der Sache? – Der Kern der Sache ist in der Tat „sola gratia“, weil jemand Kind Gottes ist und Kind Gottes bleibt.

Richard von Weizsäcker und ich haben einen Satz in das Grundsatzprogramm der CDU hineingeschrieben, der später auch verabschiedet worden ist, aber in der Bedeutung von vielen wahrscheinlich gar nicht erkannt wird: Die Würde des Menschen ist unabhängig vom Urteil anderer Menschen. – Das steht im Grundsatzprogramm der CDU. Dieser Satz ist absolut richtig; denn er bringt das zum Ausdruck, was in der Rechtfertigungslehre gesagt werden soll. Die Würde des Menschen bleibt unantastbar, unabhängig davon, ob jemand im Abitur durchgefallen ist, im Examen gescheitert ist, ob er mit seiner Firma pleite gegangen ist, ob er im Gefängnis saß oder ob er Asylbewerber oder Sozialhilfeempfänger ist. Was glauben Sie, wie viele Leute irgendwann in ihrem Leben einmal gescheitert sind und von der Gesellschaftsordnung, in der sie leben, im wahrsten Sinne des Wortes „gemobbt“ worden sind?

Jetzt kommt die Kirche und sagt: Wir sagen etwas ganz anderes. Egal, was euch privat passiert, wie es euch innerlich geht oder

wie die Menschen mit euch umgehen. Wir, die Kirche, sagen euch: Darauf kommt es gar nicht an. Eure Würde ist unabhängig vom Urteil anderer Menschen.

Das bedeutet nicht, dass man keine Leistung bringen soll. Das ist richtig. Auf dieser Welt gibt es aber Millionen von Menschen, die nichts leisten können. Ich habe vorhin bereits die Kinder, alte Leute und Behinderte aufgezählt. In einer Welt, in der die Gier nach Geld langsam die Hirne der Menschen im wahrsten Sinne des Wortes zerfrisst, laufen sie Gefahr, dass sie nicht die Anerkennung ihrer Würde erhalten, was an sich notwendig wäre. Das ist etwas, was mich sehr aufregt.

Vor einigen Monaten hat die Deutsche Bank AG versucht, mit der Dresdner Bank AG zu fusionieren, aber nicht aus betriebswirtschaftlichen Gründen, sondern auf Druck der Aktionäre, eine drei oder vier Prozent höhere Kapitalrendite zu erzielen, obwohl beide Banken Geld wie Heu verdienen. Die Fusion ist gescheitert, und alle Kommentatoren haben gesagt, dass das schlimm sei und die Verantwortlichen noch mal die Schulbank drücken müssten. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt: „Herr Breuer und Herr Walter haben uns vor der ganzen Welt blamiert.“

Was ist aber passiert? Um die Kapitalrendite um vier Prozent zu steigern, obwohl sie wirklich Geld wie Heu haben, ist die Existenz von 170 Filialen infrage gestellt worden, verbunden mit dem Verlust von 18 000 Arbeitsplätzen.

Wo sind wir eigentlich in Deutschland, in Europa, auf dieser Erde gelandet, wenn unwidersprochen hingenommen wird, dass 18 000 Familien in ihrer Existenz vernichtet werden, nur damit Aktionäre dieser Banken eine um vier Prozent höhere Kapitalrendite bekommen?

Die sind verrückt geworden. Wo ist die CDU gewesen? Von der SPD brauchen wir in dem Zusammenhang gar nicht zu reden. Wo sind aber die Kirchen gewesen, die einmal gesagt haben: Jetzt ist Schluss. Das ist nicht unsere Ordnung. Das ist Unordnung. Das ist Chaos.

Wenn Sie wollen, dass die Botschaft des Evangeliums ankommt und die Menschen nicht esoterischen Zirkeln nachlaufen, sondern zu den Kirchen kommen, dann muss die Botschaft des Evangeliums in der konkreten Situation an konkreten Ereignissen so transparent gemacht werden, damit die Menschen wissen, worum es sich handelt.

(Beifall)

Klaus Bresser: Frau Wartenberg-Potter, wo sind die Kirchen, wenn es um soziale Gerechtigkeit geht? Wo sind die Kirchen, wenn sich Wirtschaft und Industrie – ich sage jetzt einmal – versündigen an dem Menschenbild, wie wir es uns vorstellen?

Bärbel Wartenberg-Potter: Wer ist denn die Kirche? Kirche sind wir alle. Da ist auch gefragt, dass jede und jeder, der/die sich dazu zählt, Farbe bekennt. Natürlich sollen das die kirchenleitenden Gremien in erster Linie tun. Das haben sie auch in der Rentenfrage getan. Sie haben sich in den Hearingprozessen dazu geäußert. Die Kirchen äußern sich zu Fragen der sozialen Disparität in unserer Gesellschaft und gerade auch zu Fragen der Globalisierungsfolgen immer wieder, weil es so offensichtlich ist, dass die Eigendynamik, die Sie gerade so drastisch beschrieben haben, zu einem so großen Ungleichgewicht beiträgt, dass wir sie gar nicht mehr zu benennen wagen. Wir nehmen es wie schicksalhaft hin.

Ich werde meine Stimme als kirchenleitendes Mitglied in diesem Sinne einbringen, und die Fragen ansprechen, ob wirtschaftliche

Prozesse, die sich am christlichen Menschenbild versündigen, überhaupt noch demokratisch legitimiert sind. Ich frage gar nicht zuerst, ob das christlich vertretbar ist, sondern ich frage, ob da überhaupt noch eine demokratische Kontrolle vorhanden ist. Das frage ich Sie auch als Politiker und gebe das an Sie zurück. Werden hier noch gemeinsame Ziele verfolgt, die von uns allen demokratisch beschlossen werden? Wir müssen uns dafür stark machen, dass wir als Christen auch die Opfer dieser ökonomischen Entwicklungen und der Globalisierung sichtbar und hörbar machen.

Dr. Heiner Geißler: Ich polemisiere nicht gegen das Geld. Jesus hat den Mammon nicht abgeschafft, aber er hat den Mammon entwertet. Darauf kommt es an.

Bärbel Wartenberg-Potter: Herr Geißler, bei dem Beispiel, das wir gerade diskutiert haben, ging es nicht um den Mammon.

Dr. Heiner Geißler: Er hat ihn entwertet, das heißt, er hat ihn relativiert. Darum geht es.

Klaus Bresser: Ist es aber mit dem Christentum zu vereinbaren, dass wir in Deutschland von unserem verfügbaren Volkseinkommen immer mehr bei den Unternehmen finden? Wenn wir die Welt betrachten, gibt es skandalöse Missverhältnisse. Das reichste Fünftel verfügt über fast 90 Prozent und das ärmste Fünftel gerade einmal über ein Prozent des gemeinsam verfügbaren Volkseinkommens. Ist das nicht eine Ungerechtigkeit, die ganz gegen den Strich jeden christlichen Denkens geht?

Bärbel Wartenberg-Potter: Das geht gegen den Strich jeglicher Zukunftsfähigkeit unserer Erde; denn das ist auch das Herzstück unserer Glaubenstradition. Es geht wirklich um die Menschen und ihre Lebensmöglichkeiten, um ihre gottgegebenen

Entfaltungsmöglichkeiten. Ich suche immer das Gemeinsame zwischen der Politik und der Kirche, weil das heute unser Thema ist. Wenn die Entwicklungen so laufen, wie sie jetzt laufen, schadet sich die Weltgemeinschaft selber und brockt sich die Themen und Probleme ein, die sie morgen nicht mehr lösen kann. Deshalb ist das christliche Ethos, wenn wir „Brot für die Welt“- und „Misericordia“-Sammlungen machen, seit Jahrzehnten ein Schritt der Bewusstseinsbildung über diese Fragestellungen.

Klaus Bresser: Es fehlt eine Weltwirtschaftsordnung, die das regelt.

Dr. Heiner Geißler: Darf ich dazu etwas sagen?

Klaus Bresser: Ich frage jetzt, ob gegen die Globalisierung nicht eine Art Gegenglobalisierung in Gang kommen müsste, also Widerstand und Abwehr provoziert werden sollte? Könnten die Religionen – das ist meine Frage, womit ich gleichzeitig das Thema wieder aufgreifen möchte – eine solche Gegenglobalisierung nicht zustande bringen? Gehet in alle Welt und lehret alle Völker. Gibt es da eine Möglichkeit?

Dr. Heiner Geißler: Es wäre dumm, sich gegen die moderne technologische Revolution, gegen die Globalisierung zu wenden. Wir leben in einer völlig neuen Welt. Die Halbwertszeit des Wissens beträgt fünf Jahre. Das wird auch so weitergehen. Internet usw., das ist alles in Ordnung. Das wird von mir nicht problematisiert.

Ich will aber ein Beispiel bringen: Die soziale Marktwirtschaft, die nach allgemeiner Auffassung wohl die erfolgreichste Wirtschafts- und Sozialphilosophie ist, die wir in der jüngsten Wirtschaftsgeschichte gehabt haben, war ein ethisches Bündnis, und zwar zwischen der evangelischen Sozialethik und der katholischen

Soziallehre auf der einen Seite und des Ordoliberalismus auf der anderen Seite. Das bringen die Leute dauernd durcheinander. Sie verwechseln immer Ordoliberalismus mit Neoliberalismus. Röpke und Müller-Armack und all die Leute würden sich im Grabe herumdrehen. Diese soziale Marktwirtschaft hat ein ethisches Fundament. Sie hat als Botschaft Wohlstand für alle gehabt. Sie hat nicht gesagt, Wohlstand für zwei Drittel oder vier Fünftel, sondern Wohlstand für alle. Sie hat ein ethisches Fundament.

Die soziale Marktwirtschaft kennt auch den geordneten Wettbewerb. Das ist ein ganz wichtiger Begriff. In dem Moment, zu dem die Ökonomie globalisiert – in Deutschland ist das besonders wirksam, weil wir zu den größten Global Player gehören –, entzieht sich die Ökonomie diesem Ordnungsgefüge, das der Staat garantieren muss. Sie fängt dann an zu vagabundieren. Plötzlich gelten Werte als absolut, die vorher in der sozialen Marktwirtschaft im Rahmen des Nationalstaates eingebaut und ethisch bedingt gewesen sind. Die Dividende am Ende des Jahres, der Börsenkurs, der Aktienwert werden verabsolutiert. Shareholdervalue nennt man das. Shareholdervalue ist die globale Philosophie, die sich an die Stelle der sozialen Marktwirtschaft gesetzt hat.

Wir brauchten heute nichts anderes als eine internationale soziale Marktwirtschaft. Da warten wir auf den Beitrag der Kirchen. Das kann die Politik alleine gar nicht leisten. Wir warten auf einen Beitrag der Kirchen, wie das vor fünfzig oder sechzig Jahren auch der Fall gewesen ist, als die soziale Marktwirtschaft realisiert worden ist. Ich spreche jetzt von der Katholischen Kirche. Wenn ich in die Zeitung hineinsehe, wird dort ständig über Sexualprobleme gestritten, über die Pille, die Homo-Ehe, über § 218 und ob man richtig beraten darf. Die Evangelische Kirche hält sich da ein bisschen zurück. Das ist auch wahr. Das sind aber alles Probleme, die nicht den Kern unserer heutigen Gesellschaft betreffen.

Klaus Bresser: Frau Wartenberg-Potter, die Kirchen sind doch zweifellos Global Player. Sie könnten etwas in der Welt ausrichten. Gibt es eine gemeinsame Antwort der Religionen auf die Armut und das Elend in der Welt? Ist der Vorrat an Gemeinsamkeiten auch zwischen den Religionen groß genug, damit man sozusagen mit einer pluralistischen Theologie weltweit gemeinschaftlich etwas bewirken kann?

Bärbel Wartenberg-Potter: Zuerst einmal ist es unabdingbar, dass sich alle Kräfte, die an einer menschlichen Entwicklung interessiert sind, zusammentun, um eine soziale Dimension der Globalisierung durchzusetzen. Die Kirchen haben ihre Einflussnahme, ihre Motivation, ihre Bewusstseinsbildung in vollem Umfang einzusetzen, um diesen Prozess zu ermöglichen. Die Politiker haben entsprechende Gesetzgebungen, Verordnungen und Entwicklungen einzuleiten. Das ist das eine.

Das andere ist die Frage, ob die Kirchen ein gemeinsames Ethos haben. Es gibt immerhin in unserer protestantischen Welt gemeinsam mit den Orthodoxen Kirchen den Ökumenischen Rat der Kirchen, der gerade zu den Fragen der Globalisierung immer wieder und entschieden auch im Sinne der Opfer Stellung genommen hat. Im letzten Sommer bei der großen Konferenz in Genf, bei der es um die Globalisierung ging, waren alternative Hearings angesetzt, im Rahmen derer sich die Leute, die am anderen Ende der Entwicklung stehen, artikulieren und ihre Stimme einbringen konnten. Wir müssen die kirchlichen Instrumente unserer globalen Möglichkeiten unserer Einmischung, z. B. den ökumenischen Rat der Kirchen, stärken und nicht schwächen, wie es im Augenblick der Fall ist. Das gilt auch für die europäische Ebene.

Wir müssen natürlich auch an der Gemeinsamkeit mit anderen Religionen, an der ganzen Frage, die durch das Künsche „Weltethos“ angestoßen worden ist, arbeiten.

Wir müssen auch vor Ort an ihr arbeiten. Solange wir in unserem eigenen Land die Gemeinsamkeit der Glaubensgemeinschaften noch nicht im Blickfeld haben, können wir auch ihre globale Einflussnahme nicht gut fordern.

Wichtig ist mir, noch einmal zu sagen: Dass es für alle gerecht zugehen möge, ist nicht allein eine ethische Forderung, sondern eine Forderung der Vernunft für die Überlebensfähigkeit unseres Globus; denn alle Interessen, die daran vorbeigehen, einen Ausgleich auf gerechter Basis herzustellen, arbeiten an unserem gemeinsamen Nichtüberleben. An den Umweltfragen können wir es sehen. Wir haben uns bisher nicht auf dieses gemeinsame Überleben verständigt. Deshalb sind die Umweltprobleme so enorm.

Dr. Heiner Geißler: Ich möchte ungern falsch verstanden werden. Für mich ist das Problem, mit dem wir uns heute auch als Botschaft des Evangeliums beschäftigen müssten – ich habe das Beispiel der sozialen Marktwirtschaft gebracht –, weniger „Brot für die Welt“ und „Adveniat“. Das ist alles ganz hervorragend und prima. Die Deutschen könnten einmal 100 Millionen DM oder 500 Millionen DM mehr spenden. Damit würden wir die Strukturprobleme dieser negativen falschen Entwicklung natürlich nicht beheben können.

Worum es geht, ist etwas ganz anderes. Aristoteles hat einmal gesagt, Politik sei nichts anderes als das Bemühen, ein geordnetes Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Es geht um die richtige Ordnung.

Vom Evangelium her müsste ein Beitrag für diese richtige Ordnung kommen. Das ist im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft geschehen. Man kann darüber debattieren, ob das im Einzelnen immer hundertprozentig richtig gewesen ist. Es war die Philosophie, die sagte, wirtschaftliche und unternehmerische



Freiheit sind etwas, was mit der Menschenwürde vereinbar ist und gefordert wird, aber gleichzeitig müssen alle an dem Fortschritt, der dadurch zustande kommt, im Rahmen der sozialen Gerechtigkeit teilhaben. Wie sich das im Einzelnen auswirkt, ist Sache der Gesetzgebung. Das ist gemacht worden.

Etwas Ähnliches bräuchten wir auf der globalen Ebene; denn auf der globalen Ebene haben wir keine Ordnung, sondern absolutes Chaos. Bis vor drei Jahren standen wir an der Wand, oder man ist als blöd erklärt worden, wenn man das einmal diskutiert hat.

Dann kam ein Ereignis, und zwar die Ostasienkrise. Die Ostasienkrise hat den Leuten die Augen geöffnet. Hunderte Milliarden von Dollar sind aus Ostasien zu Spekulationszwecken abgezogen worden. Die Finanzmärkte in Amerika und Europa wurden angeheizt. In Ostasien haben Millionen Menschen ihr Einkommen und ihr Vermögen verloren. Das hatte Auswirkungen bis nach Deutschland. Das ist ganz klar, weil unsere Global Players davon betroffen worden sind.

Jetzt sind die Leute aufgewacht. Sie fangen an zu diskutieren, welche Regeln aufgestellt werden müssen. Machen das die G-7-Staaten unter Einbeziehung von Rußland?

Jetzt bräuchte man Beiträge der Kirchen mit ihrer ethischen Autorität. Was gehört dazu? Gemeinsame Zinspolitik? Wir bräuchten natürlich eine Art Spekulationssteuer, um zum Beispiel die Finanzmärkte wieder in Ordnung zu bringen. Es ist eine absolute Katastrophe. Der größte Börsenspekulant der Welt George Soros hat schon vor fünf Jahren durch seine Spekulation eine große europäische Währung, nämlich das britische Pfund, aus dem europäischen Währungssystem hinausgespekuliert.

Klaus Bresser: Christlich ist an dem wenigstens, dass er dabei ein schlechtes Gewissen hat.

Dr. Heiner Geißler: Weil er Angst um sein Geld bekommt. Das ist klar. Die kriegen alle Angst um ihr Geld, weil es natürlich so nicht weitergeht. Das ist der Tanz um das goldene Kalb.

Wir brauchen Sachbeiträge. Leute wie Nell-Breuning oder Professor Hirschmann haben am Evangelium orientierte moderne Sachbeiträge geliefert, die in die soziale Marktwirtschaft Eingang gefunden haben.

Bärbel Wartenberg-Potter: Es gab zum Beispiel UNCTAD. Da waren Sie in der Regierungsverantwortung. Es gab in den letzten Jahrzehnten die Absenkung der Entwicklungshilfegelder, und zwar dramatisch. Nur im jetzigen Haushalt ist es ein kleines bisschen besser.

Dr. Heiner Geißler: Damit können Sie mich nicht treffen. Ich kann Ihnen noch ein paar andere Punkte sagen, wo ich Krach in meiner Regierung gehabt habe.

Bärbel Wartenberg-Potter: Die Frage nach einer gerechten Wirtschaftsordnung ist auf UNO-Ebene immer wieder gestellt worden. Das Scheitern dieser UNCTAD-Geschichte zeigt doch, dass wir unsere politische Einflussnahme nicht in genügender Weise mobilisiert haben. Die evangelischen und katholischen Kirchen haben ein Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, vor einigen Jahren gemeinsam verantwortet, in die Diskussion der Gemeinden gegeben. Es sind darin eine ganze Reihe gerade auf die Dimension der weltweiten Entwicklung gerichtete Empfehlungen und Vorschläge enthalten.

Wir müssen ein gemeinsames Bewusstsein bilden, dass das umsetzbar ist.

Klaus Bresser: Ich glaube, hier hakt es. Die Armut in der Welt nimmt zu. Die Armut ist in der Dritten Welt zu Hause und der Reichtum im Wesentlichen in der christlichen Welt. Von hier aus müsste die Initiative kommen.

Nun werden Fragen gestellt, wie Sie sagen. Es gibt Worte der Kirchen und Empfehlungen. Was geschieht? Es geschieht offenkundig nichts, weil Sie sagen, dass es zwischen Kirchen und Politik mit der Bibel in der Hand nicht zu Handlungen kommt. Woran liegt das?

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich möchte Ihre Analyse, dass die christliche Welt reich ist, ein bisschen infrage stellen. Die größte Zahl von Christen gibt es in Lateinamerika und Afrika. Historisch gesehen stimmt es natürlich trotzdem, dass das christliche Abendland der Ort ist, an dem sehr viel Reichtum und Verantwortung versammelt ist.

Dr. Heiner Geißler: Wir bekommen es mit „Adveniat“, „Brot für die Welt“ und mit der Entwicklungshilfe nicht hin.

Klaus Bresser: Wie denn?

Dr. Heiner Geißler: Was wir heute in dieser globalisierten Welt brauchen, ist eine globale Ordnung. Die Ordnung, die wir im Moment haben, ist keine internationale soziale Ordnung, sondern eine neo- oder spätkapitalistische Ordnung, was nicht richtig sein kann.

In dieser Globalisierung stehen der Einsatz von Kapital und die menschliche Arbeit in einem Spannungsverhältnis. Wohin wir die modernen Produktionsfaktoren zuordnen, wie Know-how und moderne Technologie, können wir einmal außer Betracht lassen. Dieses Spannungsverhältnis ist vorhanden.

Die Kommunisten haben geglaubt, sie könnten das Problem dadurch lösen, indem sie das Kapital eliminierten und die Kapitaleigner liquidierten. Heute laufen wir die Gefahr, dass das Kapital die menschliche Arbeit eliminiert und die Menschen am Arbeitsplatz liquidiert. Das ist etwas überspitzt ausgedrückt. Das heißt, es muss zunächst einmal die Erkenntnis kommen, dass der Kapitalismus genauso falsch wie der Kommunismus ist. Das ist in den Köpfen unserer Politiker noch nicht drin.

(Beifall)

Der Kapitalismus ist genauso falsch. Es gibt einen Weg der Mitte – jetzt sind wir bei den Kirchen –, der auf der nationalstaatlichen Ebene von der sozialen Marktwirtschaft beschritten worden ist. Diesen Weg der Mitte, der die Irrtümer und die Exzesse beider Seiten vermeidet, brauchen wir für die internationale, globale Ebene. Hier sind einfach die Sachbeiträge gefordert.

Ich habe ein paar Beispiele genannt, die eingefordert werden müssten. Wir brauchen eine neue wirtschaftliche Ordnung. Das

gilt für die Finanzmärkte. Das gilt auch für die ökonomischen Märkte. Der Wettbewerb allein wird die Sache nicht richten. Um dies deutlich zu machen, brauchen wir nicht nur die Sachbeiträge, sondern die Kirchen müssten nach meiner Auffassung auch Ereignisse schaffen, um auf sich aufmerksam zu machen.

Ich kenne die ganzen Abhandlungen. Es gibt großartige Enzykliken des Papstes. Es gibt die sehr guten Ausarbeitungen der EKD zum Beispiel zu den Fremden. Die sind alle großartig und zehn bis zwanzig Seiten lang. Aufmerksamkeit bekommen Sie aber nur, wenn Sie ein Spektakulum veranstalten. Sie müssen Ereignisse schaffen und vor allem anhand von Ereignissen deutlich machen, was Sie wollen.

Ich habe die Fusion genannt. Vor zehn Jahren haben die katholischen Kirchen am Fest der unschuldigen Kinder wegen der 250 000 Kinder, die im Jahr in Deutschland abgetrieben werden, die Glocken läuten lassen. Es ist in Ordnung, wenn die katholische Kirche die Glocken läuten lässt. Gestern habe ich etwas anderes gelesen. Vielleicht wäre es nicht schlecht, wenn die Kirchen alle miteinander einen ganzen Tag lang wegen der 30 000 Kinder, die schon auf der Welt sind und die jeden Tag sterben, weil sie verhungern müssen, ihre Glocken läuten ließen. Sie müssen Ereignisse schaffen, damit die Leute aufmerksam werden.

(Beifall)

Was wäre gewesen, wenn bei der Klimakonferenz in Den Haag, die gescheitert ist, weil die Verantwortung zur Schöpfung dazugehört, sämtliche Bischöfe, Kirchenpräsidenten, die Deutsche Bischofskonferenz und Kardinal Ratzinger mit dem Purpur vorne dran, in Den Haag einmal vor dieser Konferenz demonstriert hätten?

Was glauben Sie? – Alle Kameras der Welt wären in Den Haag auf diese Demonstration gerichtet gewesen, und plötzlich hätten

die Leute gemerkt, aha, da gibt es eine Weltinstitution, die sich der Sache annimmt. Die Kirchen agieren im Grunde genommen im Off, aus dem Hintergrund. Sie werden mit ihrer Botschaft nicht mehr wahrgenommen.

Bärbel Wartenberg-Potter: Mir gefällt es nicht, dass wir uns gegenseitig die Bälle zuspielen, die Politiker oder die Kirche.

(Dr. Geißler: Ich spiele keine Bälle zu! -

Bresser: Den Schwarzen Peter! -

Dr. Geißler: Nein!)

Politik mit der Bibel heißt, dass wir uns aus der Bibel und aus der christlichen Tradition, wo immer wir sind, motivieren lassen, das Unsere zur Lösung dieser Fragen beizutragen.

Die Kirchenführer, Sie, wir, wer noch christlich denkt, handelt und daran glaubt, sei es als Fernsehmoderator, als Politiker oder als Zeitungsjournalistin, sind gefragt. Dort ist die Einflussnahme gefordert.

(Dr. Geißler: Richtig!)

Deshalb stellt sich bei Politik mit der Bibel die Frage: Können wir Werte und Motive aus der Bibel ableiten, die wir einbringen müssen? – Meine These ist Ja, und zwar nicht nur aus moralischer oder ethischer Verpflichtung heraus, sondern aus dem Interesse daran, dass diese Weisungen uns als Gemeinschaft in dieser Welt Lebensmöglichkeiten öffnen.

Ein wesentlicher Beitrag der christlichen Kirchen und Gruppen war in diesem und auch im letzten Jahr die Frage des Schuldenerlasses. Dabei stand das Motiv des Erlassjahres im Mittelpunkt:



Im fünfzigsten Jahr wird der Gemeinschaft eine neue Möglichkeit gegeben, wieder ohne die Last der Schulden neu anzufangen.

(Dr. Geißler: Das ist ein gutes Beispiel!)

Das war ein Motiv, das viele Menschen in den Kirchen und auch außerhalb der Kirchen zusammengeführt hat, aber es war ein biblisches Motiv, nämlich das Motiv des Erlassjahres aus der Hebräischen Bibel. Jesus hat in seiner eigenen Antrittspredigt gesagt: „Ich bin gekommen, um das gute Jahr Gottes, das Erlassjahr, zu bringen“.

Deshalb möchte ich die Politik mit der Bibel jetzt nicht auf die Stimme der Kirchenleitung beschränken. Ich gehöre bald auch zu der Kirchenleitung und werde mir das, was Sie sagen, hinter die Ohren schreiben. Aber ich möchte tatsächlich sagen, es ist nicht eine Frage der Kirchenleitungen, sondern vielmehr eine Frage unserer christlichen Überzeugung. Die Menschen, die in diesem Parlament sitzen und christliche Überzeugungen haben, sollten nicht für die Absenkung der Entwicklungsgelder stimmen, sondern für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und die

Stärkung der Instrumente einer sozialen, globalen Gerechtigkeit sorgen. Das ist der Weg.

(Beifall)

Klaus Bresser: Frau Wartenberg-Potter, aber die Frage war noch etwas schärfer gestellt. Wenn es diesen Global-Turbo-Brutal-Kapitalismus gibt, und wenn es immer deutlicher wird, dass sich dagegen eine Gegenbewegung erhebt, die in Ansätzen zu sehen ist, können Sie sich dann vorstellen, dass die Kirchen an die Spitze einer solchen Bewegung treten oder wenigstens dabei mitmachen?

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich würde es mir wünschen, dass die Kirchen dies tun. Ich selber werde mich auch in diesem Sinn engagieren. Dies habe ich sozusagen in meiner gesamten bisherigen beruflichen Tätigkeit getan. Das ist eben nicht Allotria, wie uns manche vorwerfen, sondern es ist das Herzstück unseres Glaubens: Wo es keine richtigen Beziehungen zu Gott – das ist die Quelle unserer Motivation – und keine richtigen Beziehungen untereinander gibt, geht die Gemeinschaft und das Leben verloren. – Deshalb ist der Einsatz der Kirchen für eine gerechte Globalisierung aller Mühe wert.

Ich werde an dieser Stelle auch in meiner neuen Funktion einen wichtigen Punkt unseres Zeugnisses in die Welt sehen, dass wir immer deutlich mit dem Einsatz für die Armen und Schwachen identifiziert werden. Dies war der erste Punkt, den ich in meinen einführenden Bemerkungen genannt habe. Das heißt eben nicht nur Barmherzigkeit und Almosen, sondern Barmherzigkeit in den Strukturen.

DISKUSSION MIT DEM PUBLIKUM

Klaus Bresser: Ich bitte nun darum, dass wir miteinander diskutieren und bitte um Fragen aus dem Kreis. Hier gibt es die ganze Zeit schon jemanden, dem etwas auf der Seele brennt.

Marc Schulz: Ich wollte die Diskussion bereichern. Die Bibel hat für mich einige unverstandene Aussagen an die Politik gegeben. Wenn die Jünger Jesus fragen, Herr, wer wird der Größte von uns sein im Reich Gottes, dann antwortet Jesus immer wieder, der, der sich allen anderen unterordnet und allen anderen dient. Das ist aus meiner Sicht der unverstandenste Satz der Bibel.

Jesus wollte damit sagen, dass es absolute Demokratie und die entscheidende göttliche Weisung ist, die Not tut, um das Miteinander wirklich konstruktiv zu gestalten. Das ist für mich die entscheidende Aussage für die Politik, da es dort eine unerkannte Ecke nicht demokratischen Prozesses gibt, nämlich die innerparteiliche Demokratie. Bis jemand Politiker wird und überhaupt vom Wähler demokratisch gewählt werden kann, hat er Jahre hinter sich, die nicht demokratische Karriere bedeuten. Das heißt, wir müssen innerhalb der Parteien Mehrheiten gewinnen, die teilweise über Freundschaften, Kameradschaften, Seilschaften, oder was auch immer, laufen, aber nicht ganz streng im Sinn eines demokratischen Prozesses sind. Das hemmt die Leistungskraft der Politik an allererster Stelle; denn für mich ist Jesus erster Auftrag an die Politik: Ihr werdet erst dann leistungsfähig werden – die soeben diskutierten Probleme sind nämlich alle lösbar, aber sie sind erst dann lösbar; ich habe mich in den Astrowissenschaften damit beschäftigt –, wenn die Grundfähigkeit, die Sanierung der Politik, erst einmal geschehen ist. - Dies würde nach Jesu Gebot die letzte nicht demokratische Ecke in der Politik bedeuten: Ihr sollt euch allen anderen unterordnen und allen anderen dienen. –

Dies würde eine Änderung des Parteiengesetzes nach sich ziehen, wonach sich jeder Politiker bereits auf den niederen Stufen seiner Karriere einer vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ausgesuchten repräsentativen Wählerstichprobe stellen muss, also einer Vorstufe echter Demokratie, die über seine innerparteiliche Kandidatenaufstellung entscheidet. Dann kommen ganz andere Qualitäten und Kompetenzen in die Politik. Dann wären auch für den Rest die Probleme lösbar.

Wolfgang Siebner: Ich würde gerne an das anknüpfen, was gerade gesagt worden ist, und vielleicht eine Vermutung und zugleich eine Frage äußern. Im Zusammenhang mit der Globalisierung und der Kirche sowie auch dem Gestalten von Politik mit der Bibel würde mich interessieren: Weist die Globalisierung nicht irgendwo wieder zurück in die Region? Steckt nicht eine Chance der Kirche und der Politik darin, die Regionen, in der Kirche: die Gemeinden und in der Politik: die Kommunalpolitik, vielleicht wieder stärker zu entdecken? Auch: die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort wahrzunehmen, als Gemeinschaften aufeinander zu zugehen, lebendig wirksam zu sein und in der Gemeinde Gottesliebe, Nächstenliebe möglichst sichtbar zu verwirklichen? Sehen Sie eine Chance darin, die Globalisierung etwas zu bewältigen, indem man die konkrete Situation vor Ort in der Kommunalpolitik einerseits und die Erneuerung des Gemeindelebens in den christlichen Gemeinden andererseits vor Ort zum Guten wendet?

Dr. Heiner Geißler: Das eine schließt das andere nicht aus. Wir müssen immer die beiden Ebenen auseinander halten. Natürlich muss jeder für sich genommen versuchen, so gut wie möglich auch der Botschaft des Evangeliums zu entsprechen. Das haben Sie auch gesagt. Auf der anderen Seite haben wir aber eben auch die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Menschen in einer gerechten Ordnung leben können. Das geht dann über die persönliche Verantwortung und den persönlichen Umkreis weit hinaus.

Ich möchte einmal fragen: Wann haben wir eine Gesellschaft, die der christlichen Botschaft entspricht? Man redet manchmal von einer christlichen Gesellschaft. Ich nenne es einmal so. Es ist ein sehr zu hinterfragender Begriff. Ob wir uns aber am Evangelium in dem Sinne orientieren, wie ich es versucht habe zu interpretieren, ob wir dann eine entsprechende Bewertung verdienen, hängt nicht in erster Linie davon ab, ob die einzelnen Politiker nun mehr oder weniger Heilige sind. Wenn man in die Politik geht, wird man dadurch nicht automatisch zum Heiligen. Der Politiker muss an sich höhere Ansprüche stellen. Er muss sich gegenüber einen höheren Maßstab anlegen, ganz zweifelsfrei. Aber ob wir eine Gesellschaft und eine Weltordnung bekommen, die diesen Namen verdient, das hängt davon ab, wie viel wir von dieser Menschenwürde realisieren. Eine Gesellschaft ist umso christlicher, je mehr Freiheit, je mehr Gerechtigkeit, je mehr Brüderlichkeit in der Welt, in dieser Gesellschaft für alle Menschen realisiert sind. Eine Welt ist umso unchristlicher und eine Gesellschaft ist umso unchristlicher, je unfreier sie ist, je ungerechter sie ist, je unsolidarischer sie ist. Das ist der Maßstab, den wir anlegen müssen. Insofern gilt dies von der Familie bis hin zur Gemeinde, über die Länder und über die Staaten für die gesamte Welt. Das ist der Maßstab.

Ausfluss der Menschenwürde sind die Grundwerte, die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit. Das sind die Grundwerte, die aus der Menschenwürde resultieren. Man kann auch sagen, das sind die Postulate der Französischen Revolution. Es sind die Postulate des Evangeliums. Diejenigen, die die Französische Revolution gemacht haben, hätten sie nicht mit diesen Zielen machen können, wenn es nicht das Evangelium gegeben hätte, auch wenn diejenigen, die das gemacht haben, es gar nicht mehr wussten oder nicht mehr wissen wollten oder nicht mehr wissen konnten. Das heißt, das sind die Kriterien.

Über Politiker können wir so oder so reden. Da gibt es Bessere und weniger Gute. Das geht rauf und runter. Nein, die Verhältnisse, die wir schaffen, sind die entscheidenden Kriterien.

Ich nehme das gerne auf, was Sie sagen. Natürlich kann man nicht nur über die Kirchen reden. Man muss über die Politik reden. Was macht die Politik? Welche Verantwortung nehmen die Politiker auf sich? Wie entscheiden sie sich? Nur, um da richtig urteilen zu können, brauchen wir ganz glasklare Aussagen auch der Kirchen über die konkrete politische Situation, in der wir leben.

Roderich Reifenrath: Ich habe eine Frage an beide Diskutanten. Kann es nicht auch sein, dass der Bedeutungsverlust, insbesondere der Evangelischen Kirche in Deutschland, damit zu tun hat, dass die Kirche vielleicht über zu viele persönliche Bindungen zumindest in der SPD mit der Konsequenz eingebunden ist, dass man auf der einen Seite zwar die Schiene und die Möglichkeit hätte, Politik zu beeinflussen, weil man alle die, die im politischen Raum handeln, sehr gut kennt und innerlich miteinander verbunden ist, aber auf der anderen Seite genau dort auch die Sperren liegen, um vielleicht auch hin und wieder die notwendige Radikalität zu entwickeln, um wichtige Dinge voranzutreiben. Das ist ein gegenseitig wirkender bremsender Effekt. Auf der einen Seite ist man tief drin, auch in der Sozialdemokratie, gerade in der Evangelischen Kirche, auf der anderen Seite wird man dadurch gebremst, dass der Handlungszwang derer, die die Macht haben, nun wieder rückwirkend negativ auf die Kirchen zurückschlägt.

Klaus Bresser: Habe ich das so verstanden, dass das eine lähmende Kumpanei ist?

Roderich Reifenrath: So scharf wollte ich das nicht formulieren.

Bärbel Wartenberg-Potter: Es ist ganz sicher so, dass die engen Bindungen von Staat und Kirche der Pointiertheit und auch der prophetischen Schärfe, die die Bibel von uns fordert, nicht immer zuträglich sind. Da muss man dann die konkreten Fälle anschauen und sie ins Auge fassen. Dass die Verbindungen da sind, ist grundsätzlich natürlich überhaupt nicht kritikwürdig. Wenn wir dieses Thema ernst nehmen, dann heißt es auch, wir müssen unsere Überzeugungen, die von der Bibel her sehr stark sozial orientiert sind, auch im politischen Bereich zum Tragen bringen. Das ist in sich natürlich ein völlig logischer Vorgang. Aber dass da natürlich Abhängigkeiten entstehen und auch Interessen damit verbunden sind, die dann wieder institutionsmäßig zurückwirken, ist etwas, was kritisch durchschaut und auch kritisch bewertet werden muss, auch selbstkritisch in den Kirchen, und dort, wo es wirklich falsch ist, auch geändert werden muss.

Roderich Reifenrath: Nehmen Sie einmal das konkrete Beispiel Huber oder Stolpe. Das sind solche Nähen, dass im Grunde Kritik überhaupt nicht mehr möglich wäre, so sage ich es einmal.

Bärbel Wartenberg-Potter: Das kann ich nicht beurteilen. Es ist für alle sichtbar, dass ein Mann wie Herr Stolpe, der früher der Kirche in der ehemaligen DDR gedient und in ihr gearbeitet hat, heute politische Verantwortung mit aller Angriffigkeit übernommen hat, die darin liegt. Wenn etwas nicht richtig läuft, ist es die Rolle von anderen Personen, hier unzulässige Dinge zu kritisieren. Ich denke aber, grundsätzlich muss es ein Miteinander geben können.

Willi Petter: Mir hat vieles Einzelne gefallen. Die gesamte Diskussion hat mir nicht gefallen. Ich behaupte einmal, die Politiker sind die Opfer ihrer Wähler. Die Fernsehleute sind die Opfer ihrer Einschaltquote. Ich möchte jetzt nicht sagen, welche Kirchenleute Opfer sind. Das heißt, der Schlüssel liegt nicht

darin, die Politik müsste das tun, die Kirche müsste das tun. Nein, der Schlüssel liegt letztlich im gesamten Volk, in uns allen. Wenn wir beim Christentum anfangen, so geht es um Werte einer christlichen Erziehung. Ich möchte es gar nicht so hoch aufhängen. Was wir in unserer Gesellschaft brauchen, ist zunächst einmal ein Bekenntnis und eine Wertevermittlung in unseren Erziehungsinstitutionen und in unseren Familien. Nur so bekommen überhaupt Politiker, die moralisch etwas bewegen wollen, eine Chance. Nur so bekommen Presseleute eine Chance. Da frage ich jetzt das Auditorium: Wie sehen Sie Ihre Einflussmöglichkeiten, in dieser Richtung zuerst einmal die Bevölkerung in Richtung eines moralischen Bewusstseins wieder hinzuerziehen? Das andere kommt dann später von alleine. Nur so geht aber der Weg. Wenn wir immer nur auf die Institutionen zeigen, dann ist das nicht der richtige Weg, wie wir vorankommen. Dann reden wir in fünf Jahren immer noch so.

Dr. Heiner Geißler: Wir können aber nicht warten, bis sich in unseren Schulen die von Ihnen zu Recht gewünschte Werteorientierung wieder besser einstellt. Das sagen Sie einmal dem Jürgen Schrempp, wenn er an seine Megafusionen herangeht.

Da sind wir natürlich dann zu spät dran. Wir müssen solche Probleme dann schon aus der eigenen Einsicht heraus aufzugreifen versuchen. Ich stimme Ihnen völlig zu, das, was Sie sagen, ist sicher völlig zu Recht gesagt, aber das gilt vielleicht mehr für den ganz anderen Bereich, wie wir uns also ganz konkret verhalten, was Sie, glaube ich, auch ansprechen wollten, zu Menschen, die mit uns zusammenleben, zu Leuten, die von außen kommen. Es wird keiner als Rechtsradikaler geboren, sondern er wird dies im Laufe der Zeit auch aufgrund seiner Informationen und der Einflüsse, denen er ausgesetzt ist. Ich würde auch meinen, dass wir eine Renaissance der Vermittlung

der Werte in den Schulen bekommen müssen, auch des Elternhauses. Da stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Aber das eine schließt das andere nicht aus, dass Sie nicht auch die Verpflichtung haben, an einer globalen Ordnung mitzuarbeiten, die das Erfordernis der Gerechtigkeit auf die Dauer realisiert. Das sind meiner Meinung nach keine Gegensätze, das muss parallel laufen.

Staatsministerin Dr. Rose Götte: Ich glaube, dass wir uns jetzt erst allmählich dem eigentlichen Problem nähern. Politik mit der Bibel kann nicht heißen, dass Bischöfe demonstrieren. Das kann auch nicht nur heißen, dass Politiker in einem demokratischen Land, das ein Grundgesetz hat, die Rechte der Minderheiten schützen und für eine gewisse soziale Sicherheit sorgen, für die Arbeitslosen, für die Kranken Gesetze schaffen. Das sind Ziele, die man auch verfolgen kann als Humanist oder als Kant-Schüler. Dazu brauche ich keine Bibel, um alles begründen zu können, sondern das Leben oder die Politik mit der Bibel in engerem Sinne fängt da an, wo die Bibel über Kant hinausgeht oder über humanistische Ziele hinausgeht. Da sieht Realität natürlich ganz anders aus.

Die Politiker denken in Legislaturperioden und viel zu selten und viel zu wenig mittel- und langfristig. Sie bekommen als erstes beigebracht, dass man Kampagnen machen muss, um seine Ziele durchzusetzen, auch wenn man dabei an die allerniedrigsten Instinkte der Menschen appelliert. Sie bekommen beigebracht, dass man seinen politischen Gegner verletzen muss. Als Generalsekretär haben Sie das auch ganz gut gekonnt. Danach wird Leistung gemessen. Die Leistung eines Generalsekretärs wird daran gemessen, wie gut er den politischen Gegner verletzen kann. Wenn er das nicht kann, dann wird er ausgewechselt.

Die Alltagsrealität, unter der die Politiker arbeiten, dieser Zwang, so zu agieren, wie die Mehrheit der Wähler es sich wünscht, ist

das, was dem Leben und einer Politik mit der Bibel am meisten entgegensteht. Darüber haben wir noch gar nicht geredet.

Dr. Heiner Geißler: Mit Verlaub gesagt, das ist eine sehr vereinfachende Form dessen, was wir von der Bibel zu erwarten haben. Wenn der eine oder andere sich politisch äußert, kann er natürlich Fehler machen. Das ist richtig. Das muss dann auch kritisiert werden. Sie haben mich angesprochen. Gerade aus meiner Sicht habe ich immer eine klare Trennung vorgenommen. Bis zum Beweis des Gegenteils halte ich das aufrecht. Ich habe mich sehr deutlich und klar auseinander gesetzt mit Perspektiven, Entwürfen, Auffassungen, Meinungen und Sachverhalten. Ich habe mich auseinander gesetzt mit den Thesen der Friedensbewegung. Ich habe mich mit der Sozialdemokratischen Partei als Partei auseinander gesetzt, um nur einige Beispiele zu nennen. Ich habe nie in meinem Leben einen Menschen persönlich beleidigt. Die Unterscheidung habe ich immer eingehalten. Das darf ein Christ nicht tun. Ich darf nicht die Frau Götte persönlich beleidigen.

Ich bin sehr oft persönlich beleidigt worden, persönlich. Das ist ein Proprium der Rechts- und Linksradikalen, um es einmal so zu sagen, wenn man in der Sache nicht mehr weiterkommt, greift man den politischen Gegner persönlich an, Stürmer-Mentalität, einen anderen Menschen persönlich fertig zu machen.

Ich habe in meinem Leben nie einen Menschen, den man mit Namen bezeichnen kann, persönlich angegriffen. Ich habe mich immer mit der Friedensbewegung auseinander gesetzt, mit ihren Zielen, klar und deutlich, für manche sehr hart auseinander gesetzt, aber ich habe niemanden beleidigt. Das nehme ich für mich in Anspruch. Den Unterschied bitte ich zu machen. Das muss auch für die Zukunft gelten.

Wenn ich in die Bibel hineinschaue, dann hat sich nicht einmal Jesus an diese Unterscheidung gehalten. Er ist mit den Pharisäern und Sarizäern ziemlich umgesprungen, aber nach meiner Überzeugung berechtigt, weil die für eine bestimmte Machtposition standen, die sie ausgeübt haben. Ich will die Botschaft aber nicht reduzieren. Das ist eine hochinteressante Frage. Kann man das, was wir über das Menschenbild gesagt haben, auch ohne das Evangelium vertreten? Ich glaube schon, dass man das kann, aber unter einer Voraussetzung, dass man sich nämlich zu der Erkenntnis durchringt – zu der Erkenntnis verhilft das Evangelium –, dass die entscheidende Grundlage des politischen Handelns die Menschenwürde und die daraus resultierenden Menschenrechte sind. Dieses Menschenbild, von dem ich geredet habe, ist nur dann unantastbar, wenn ich davon ausgehen kann, dass diese Menschenwürde in einer Instanz verankert ist, die den Menschen vorgegeben ist, die der Mensch nicht manipulieren kann, die es verbietet, dass irgendeine Ideologie, ein Despot, ein Diktator, sogar eine parlamentarische Mehrheit daherkommt und sagt, ich schaffe einfach diese Menschenwürde ab oder ich kategorisiere diese Menschenwürde auf ganz bestimmte Sorten von Menschen. Deswegen habe ich vorhin das Beispiel gebracht. Wenn die Menschen in bestimmte Kategorien eingeteilt werden, Menschen erster, zweiter und dritter Klasse und das verhindern will, muss ich die Menschenwürde in ihrer Unantastbarkeit lösen von der Willkür, von der Abhängigkeit menschlicher Entscheidungen. Wenn Sie das verhindern wollen, dann müssen Sie eine dem Menschen übergeordnete Instanz annehmen, die sich der Disposition des Menschen entzieht. Dann sind Sie bei Gott. Ohne Gott werden Sie in der Frage der Unantastbarkeit der Menschenwürde und der daraus resultierenden politischen Konsequenzen scheitern.

Sie können zu Gott auch auf einem anderen Weg kommen. Aber der christliche Glaube hilft einem, Gott als Fundament vorauszu-

setzen. Was Kant sagt, geht genau davon aus. Gott ist nach Kant – klare Aussage – ein Postulat der praktischen Vernunft. Man kann sagen, man kann Gott nicht beweisen mit der reinen Vernunft, aber Gott ist ein Postulat praktischer Vernunft. Kant geht von Gott aus, auch mit seinem kategorischen Imperativ.

Klaus Bresser: Wir waren dank der Frage der Ministerin so herrlich weit im politischen Alltag. Sie haben vom Verhalten der Politiker gesprochen, die wieder gewählt werden wollen. Ich mache das jetzt fast wie in einem Spiel. Sie können die Frage fast immer mit Ja oder Nein beantworten.

Frau Wartenberg-Potter, ist es christlich, vor Wahlen Versprechungen zu machen, von denen man weiß, dass sie nicht stimmen?

Bärbel Wartenberg-Potter: Das ist ziemlich unchristlich, würde ich sagen, weil es an die Unwahrheit grenzt. Wahrheit ist ein hoher Wert.

Klaus Bresser: Herr Geißler, ist es christlich, wenn ein Politiker, der von der geistigen Wende gesprochen hat, gegen Gesetz und Recht wissentlich verstößt?

Dr. Heiner Geißler: Wen meinen Sie denn damit? Das können Sie ganz verallgemeinern. Natürlich ist es nicht christlich, wenn Sie so wollen. Es ist vor allem nicht gescheit.

Es ist vor allem nicht gescheit. Sie können in der Politik viel machen, sehr viel machen. Etwas dürfen Sie nicht machen. Sie dürfen nicht nach der Wahl das Gegenteil von dem machen, was Sie vor der Wahl gesagt haben. Das nehmen die Leute übel, völlig zu Recht. Das ist unabhängig davon, ob jemand Buddhist, Hindu, Teufelsanbeter, Christ oder sonst etwas ist. Vielleicht stellen Sie noch eine etwas präzisere Frage.

Klaus Bresser: Ich stelle sie Ihnen. Ist es christlich von politischer Leitkultur in aller Arroganz und mit allem Anspruch zu reden, wohl wissend, dass dadurch radikale Verbrecher sich aufgerufen fühlen, sich jedenfalls darauf berufen könnten und sich gerechtfertigt fühlen?

Dr. Heiner Geißler: Der Begriff selber ist eine Hülse. Das hat mit christlich oder unchristlich überhaupt nichts zu tun. Es kommt darauf an, mit welchem Inhalt dieser Begriff gefüllt wird. Wenn dieser Begriff damit gefüllt werden würde, dass man die erste Strophe des Deutschlandliedes zur Leitkultur erheben würde, Deutschland, Deutschland über alles, dann würde ich sagen, dann ist das nicht gerade eine Entsprechung des Evangeliums. - Ich halte den Begriff für überflüssig, um es einmal nebenbei zu sagen. Ich würde ihn auch nicht in die Kategorisierung hineinbringen sittlich oder unsittlich, sondern es kommt auf die Inhalte an.

Ich würde eher von einer Verfassungskultur sprechen. Natürlich müssen alle, die hier in Deutschland leben, die Verfassung achten. Die Koranschule kann nicht die Regelschule sein. Beschneidung von Frauen ist schwere Körperverletzung, ein Verstoß gegen Artikel 2 des Grundgesetzes. Frauen dürfen nicht als Kinder zwangsweise verheiratet werden. Es gibt eine Fülle von Beispielen, wo unsere Verfassung ganz klar aussagt, an was sich alle halten müssen, die hier leben, und zwar die Einheimischen, die hier geborenen Deutschen, in deren Adern germanisches Blut fließt, genauso wie die 7 Millionen oder 8 Millionen, die eine andere Herkunft haben. Das ist die Grundlage des Zusammenlebens. Da kann man Verfassungspatriotismus, wie Sternberger oder Habermas, oder Verfassungskultur sagen. Leitkultur ist halt ein bisschen missverständlich. Insofern meine ich, ist der Begriff überflüssig, aber nicht deswegen, weil er für sich genommen unchristlich oder christlich ist. Das ist eine Kategorie, die zu einer Worthülse nicht passt.

Bärbel Wartenberg-Potter: Darf ich dazu noch etwas sagen? Wenn man dieses Wort bewerten will, muss man das Selbstverständnis dahinter beachten, nämlich die Frage: Wer sagt, was uns leiten soll? – Das hat schon etwas mit unserer Diskussion heute Abend zu tun.

(Dr. Geißler: Ja!)

Natürlich gibt es gemeinsame Werte, wir müssen uns hier auf eine Kultur zubewegen, die von den Menschen, die hierher kommen, in den Grundlagen geteilt wird. Aber die Intention dieser Aussage war eine andere, nämlich einer Kultur gegenüber anderen Kulturen Priorität zu geben. In diesem Zusammenhang ist das biblische Wort über die Fremden wichtig. In der Hebräischen Bibel, also im Alten Testament, wird tatsächlich verankert, dass die Fremden gleiche Rechte haben. Sie haben nicht nur Gnadenweise zu erwarten und nicht nur Duldungen usw., sondern es gibt einen Rechtsstatus, das heißt, auch das Recht auf eine kulturelle Identität. Das hat etwas mit unserem Thema zu tun.

Dr. Heiner Geißler: Richtig. Ich widerspreche Ihnen überhaupt nicht.

Dominica Oswald: Ich möchte einfach auch einmal sagen, wo sich Kirche hier in Mainz einmischt, wo sich Kirche meldet und auch mit Politik zusammenarbeitet. Ich erinnere an die Stolpersteinaktion, bei der Kindern gedacht wurde, die hier in Mainz durch das Dritte Reich umgekommen sind. Ich weiß nicht, ob Sie davon gehört haben, dass wir an einem Samstag auf die Straße gegangen sind und Steine mit Namen dieser Kinder hingestellt wurden. Da hat sich Kirche eingemischt. Es wurde schon sehr wahrgenommen. Es war wirklich eine gute Aktion.

Das andere Beispiel, das ich einmal konkretisieren möchte, ist, die bereits erwähnte Aktion in der Gemeinde vor Ort. Ich bin

Gemeindereferentin von Beruf. Hier in Mainz gibt es ein Projekt von Priestern, Gemeindereferenten und Pastoralreferenten. Das nennt sich lebensraumorientierte Seelsorge. Das heißt, wir haben uns zusammengeschlossen, um zu sehen, was wir einmal über die Kirchenmeile hinaus unternehmen können, um in Politik oder in dem Stadtteil, mitzuarbeiten.

Konkret kann ich sagen, dass ich mit in dem Stadtteil Berliner Siedlung tätig bin. Ich muss sagen, dass wir in dieser Annäherung und in diesem Miteinander schon ganz viel erreicht haben.

Klaus Bresser: Wir nehmen das einmal nicht als Frage, sondern als einen interessanten Bericht.

Dominica Oswald: Meine Frage ist eigentlich auch noch: Was tut Politik, oder geht Politik auf Kirche zu und fragt sie um Rat, oder ist es immer nur ein einseitiges Verhältnis? Gibt es da Beispiele?

Staatsministerin Dr. Rose Götte: Es gibt die Anhörung, die gesetzlich vorgeschrieben ist.

Dr. Heiner Geißler: Das findet laufend statt. Informationen über das, was die Kirchen auch zu wichtigen politischen Problemen sagen, sind da. Die gibt es in Hülle und Fülle. Da gibt es Dokumente noch und noch.

Dominica Oswald: Vor Ort erfahre ich es nur sehr distanziert.

Dr. Heiner Geißler: Das ist nach meiner Auffassung nicht das Problem.

Walter Bück: Herr Bresser, Sie hatten gerade etwas vorweggenommen hinsichtlich eines Politikers, wenn er vor der Wahl etwas verspricht und er weiß, es wird nach der Wahl nicht mehr ge-

halten. Darauf möchte ich hinauskommen und einmal fragen. Es sind so viele hohe und hehre Ziele angesprochen worden, wobei wir fast alle wissen, dass die fast nie zu erreichen sind. Deshalb meine ich, wir sollten mit einfachen Dingen anfangen. Dazu zählt die Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, nicht nur im privaten, sondern auch im öffentlichen Leben. Ein Beispiel, über das in der Sendung „MONITOR“ berichtet worden ist, möchte ich anführen. Dort hat ein Sachverständiger der Bundesbahn sachgerecht die Umstände geschildert, warum es zu dem Unfall von Eschede gekommen ist. Anschließend hat sich Herr Mehdorn erlaubt, dessen Vorgesetzten zu beauftragen, diesen Mitarbeiter schnellstens von seinem Posten zu entfernen. Dieser Mann hat nur der Korrektheit Genüge getan und die Umstände dargestellt, so wie es seine Aufgabe ist, wahrheitsgemäß sein Urteil abgegeben. Das gilt nicht nur in diesen Fällen. Das ist in vielen anderen Fällen so, wo Mitarbeiter, Untergebene oder aus sonstigen Gründen Abhängige darauf angewiesen sind, dass sie ihre Wahrheit nach den Vorgaben von Vorgesetztenmeinungen oder sonstigen Institutionen ausrichten müssen.

Ich meine, das wäre ein einfaches Ziel, Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit mehr zu verfolgen. Wenn sich alle danach richten, dann hört es auch auf, dass nur bestimmte Kreise, die sich darum bemühen, benachteiligt sind und andere, die sich nicht daran halten, daraus einen Vorteil ziehen.

Bärbel Wartenberg-Potter: Die persönliche Glaubwürdigkeit und Ehrlichkeit ist heutzutage schon nichts mehr Selbstverständliches. Das ist etwas, wozu sich natürlich auch Politiker und Politikerinnen, wenn ich es recht weiß, in ihrem Eid verpflichten. Aber dass es zu einem Teil unserer Selbstachtung gehört, ehrlich zu sein und glaubwürdig und integer zu bleiben, das sind Ziele, die wir heute wieder vermitteln müssen. Ich musste meinen Konfirmandinnen und Konfirmanden oft erklären, warum es

eigentlich nichts bringt, wenn sie ihrer Lehrerin sagen, sie hätten die Straßenbahn verpasst, wenn sie tatsächlich einfach zu faul waren, früher aufzustehen, nicht, weil das einfach in sich unwürdig ist, sondern weil die Integrität der Beziehung dadurch verloren geht. Das ist der Schaden, den die Gemeinschaft nimmt.

Aber das andere möchte ich auch zu diesen kleinen Zielen sagen. Sie gehören zu dem ganz großen Bauwerk, an dem wir hier bauen oder mitarbeiten. Ohne uns diese großen Ziele immer wieder zu artikulieren und sie in einen Gesamtrahmen zu stellen, bleiben wir bei einem biblizistischen und auch in der Politik im Grunde verbalen Schlagabtausch. Wir müssen uns verständigen: Wollen wir, aus welchen Gründen und Motiven auch immer – ob sie humanistisch oder christlich sind – an gemeinsamen Zielen arbeiten, um die Gemeinschaftsfähigkeit und Überlebensfähigkeit unserer Gemeinschaften zu sichern? Dann können wir Bündnisse eingehen. Das alles baut auf der persönlichen Ehrlichkeit und Integrität auf und endet da. Die Frage ist, ob wir uns noch über gemeinsame Ziele verständigen können.

Walter Bück: Aber diese Dinge auch immer wieder ansprechen und unterstreichen.

Klaus Bresser: Es gibt dazu Mitte der 90er-Jahre eine sehr interessante Umfrage von Allensbach, wieweit die Zehn Gebote im eigenen Leben eine Rolle spielen. Danach sagen 88 %, dass „Du sollst nicht töten“, 73 % „Du sollst Vater und Mutter ehren“ und 67 % – schon weniger – „Du sollst nicht lügen“ eminent wichtige Gebote seien.

Dr. Heiner Geißler: Ich möchte jetzt doch davor warnen – es geht um die Bibel und die Botschaft der Bibel -, die Botschaft der Bibel auf die Zehn Gebote zu reduzieren. Die Zehn Gebote sind eine Sache. Diese müssen eingehalten werden. Dies ist sozusagen ein Grundmuster.

Ich nehme einmal die Endzeitrede von Jesus, die so genannte Gerichtsrede, wo er schildert, wie die Völker der Erde zusammenkommen und vor ihm stehen. Da teilt er die Leute ein, die einen auf die rechte Seite und die anderen auf die linke Seite. Was sagt er nun? – Da sagt er zu denen auf der rechten Seite, ich war nackt, und ihr habt mir Kleider gegeben. Ich war hungrig, ihr habt mir zu Essen gegeben. Ich war durstig, ihr habt mir zu Trinken gegeben. Ich war im Gefängnis – ein Krimineller – und ihr habt mich besucht. Ich war krank, ihr habt mich gepflegt. Ich war in der Fremde, und ihr habt mich aufgenommen. Da haben die gefragt, wann sind wir dir denn einmal begegnet, wann ist das passiert. – Da hat er gesagt, wenn ihr das dem Letzten in eurem Dorf getan habt, dann habt ihr es mir getan. Das geht natürlich meilenweit über die Zehn Gebote hinaus.

Die Zehn Gebote sind das Alte Testament, der alte Bund. Aber was Jesus sagt, geht weit darüber hinaus. In dieser Endzeitrede hat er im Grunde genommen alles zusammengefasst, was in der Botschaft der Liebe realisiert werden sollte, und zwar von dem einen Menschen zum anderen, wie auch in unserer ganzen Gesellschaft und im Rahmen der Globalisierung weltweit.

Ich finde, das ist alles in Ordnung, das persönliche Verhalten, aber hüten wir uns, das Evangelium zu individualisieren, dass wir uns in unseren Nischen zufrieden geben, Hauptsache, wir sind ehrlich, lügen nicht und halten uns an die Zehn Gebote.

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich möchte Ihnen trotzdem an dieser Stelle widersprechen, weil das, was Jesus hier sagt, Dinge sind, die auch schon in der Hebräischen Bibel stehen. Diese Trennung, die wir bisher vollzogen haben, müssen wir noch einmal überdenken, auch im Hinblick auf unser Lesen der Hebräischen Bibel, weil die Art und Weise, wie wir sie lesen, sehr

viel mit unserer Einstellung zum Judentum zu tun hat. Wir müssen die Wurzeln für den Antisemitismus neu reflektieren.

Ich sage dies nur, damit wir uns dessen bewusst sind.

Ich möchte noch einen anderen Gesichtspunkt anführen.

Dr. Heiner Geißler: Sie meinen nicht den Gott, der eigenhändig 5 000 Phönizier erschlagen hat – den alttestamentarischen Gott?

Bärbel Wartenberg-Potter: Ich möchte auf die Kontinuität zwischen dem Alten und dem Neuen Testament in diesem Zusammenhang hinweisen und dass wir, wenn wir uns auf die Bibel berufen, auf die ganze Bibel berufen.

Dr. Heiner Geißler: Nein, ich berufe mich auf das Neue Testament, nicht auf das Alte.

Klaus Bresser: Aber das werden wir jetzt nicht erörtern.

Bärbel Wartenberg-Potter: Da müssen wir noch einmal einen Extragesprächsgang haben.

Klaus Bresser: Das glaube ich auch.

Wenn dies ein Gottesdienst wäre, wäre er längst zu Ende.

Dr. Heiner Geißler: Aber dieses Thema ist nicht unwichtig. Das Bild des alttestamentarischen Gottes, des Gottes der Rache, des Gottes, der eingreift, und zwar mit Macht, der sogar Menschen tötet, andere Völker vernichtet, der Gott, der eigentlich ohne Anteilnahme über den Völkern schwebt, ist ein ganz anderer Gott, als der Gott, der uns durch die Botschaft von Jesus dargestellt wird. Er ist der Gott der Liebe und der Versöhnung.

Bärbel Wartenberg-Potter: Herr Dr. Geißler, ich möchte Ihnen an vielen Punkten widersprechen, tue es aber nicht. Es ist ein ganz wichtiges Thema, das mit unserer Geschichte, mit dem Judentum zu tun hat. Deshalb müssen wir dieses Thema auch diskutieren.

Dr. Heiner Geißler: Gut.

Klaus Bresser: Das können wir heute nicht tun. Was wir heute noch können, ist, zwei Fragen zuzulassen.

Hans Peter Saaler: Ich bin von Beruf Pfarrer.

Was gerade hier vorne passiert ist, war eine theologische Diskussion. Das finde ich sehr interessant. Herr Geißler, das gefällt mir. Sie könnten jetzt Pfarrer sein oder Pfarrer werden. So lieblich, wie Sie argumentieren, finde ich das sehr gut. Aber ich vermisse in der Diskussion eine Gruppe von Menschen, die nicht im Podium sitzen, für mich aber dorthin gehören, die so eine Gegenposition zu dem darstellen, wie nahe ich Sie beide heute Abend erlebt habe.

Ich glaube, dass wir Kirchenleute und konservative Politiker und Politikerinnen eine Nähe haben, egal in welcher Couleur, aber dass es da andere Strömungen gibt, die unser aller Leben beeinflussen. Jeder von uns hier im Raum muss tagtäglich Entscheidungen treffen, will ich etwas mehr in so einer biblisch-menschlichen humanistischen Weise entscheiden oder fröne ich den anderen Prinzipien.

Mein Paradebeispiel aus der letzten Zeit heißt: Wir haben einen Jugendtag in der Schule gemacht, und zwar zum fünften Mal in zehn Jahren. In dieser Schule wurde an den Toiletten nichts, aber auch rein gar nichts renoviert, sondern nur ausgebaut, zurückge-

baut. Aber in diesen zehn Jahren wurde in fast jedes Klassenzimmer ein Computeranschluss gelegt. Auf die Rückfrage an die Rektorin, wieso die Toiletten nicht renoviert werden, heißt es, dazu haben wir kein Geld. Das ist natürlich überspitzt. Die Frage aber ist, auf was setzen wir, und welche Werte stellt jeder Einzelne von uns an seine Position und in den Vordergrund. Daran müssen wir alle arbeiten. Deshalb lautet meine Frage an Sie, was können wir dem Turbokapitalismus und dem Anspruch, wir alle müssen mehr Geld machen und jeder muss an die Börse, entgegensetzen. Was bedeutet das für die unpopulären Entscheidungen, die Politiker innerhalb so einer kurzen Wahlzeit ausfüllen müssen? Wie kommen wir aus diesem Dilemma heraus? Haben Sie beide hierzu eine Idee?

Dr. Heiner Geißler: Im Grunde genommen ist klar, was wir machen müssen. Wir müssen das Bewusstsein verändern. Das klingt jetzt etwas abstrakt. Aber wir müssen das Bewusstsein in dem Sinne verändern – ich kann jetzt nur für mich reden –, wie ich die Botschaft des Evangeliums interpretiert habe. Das muss man auch mit den Realfaktoren konfrontieren und deutlich machen, dass die Botschaft des Evangeliums gleichzeitig auch eine verstandes- und vernunftmäßige richtige Entscheidung ist, dass es keine Gegensätze sind. Ökonomie und Humanität können gleichzeitig und gemeinsam realisiert werden. Aber wenn ich die Botschaft gar nicht verkünde, ich von der Botschaft des Evangeliums gar nichts mehr weiß, diese verschwindet, dann triumphiert einseitig zum Beispiel die Ökonomie, und dann haben wir die Vorherrschaft der Kapitalinteressen. Das andere muss deutlich gemacht werden, und es muss eine Verbindung hergestellt werden, die die Menschen auch verstehen.

Ich will einmal ein Beispiel bringen: Die vorvorletzte Aktionärsversammlung von Siemens – Siemens ist der größte Global Player mit 420 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der

ganzen Erde – war durch folgende Diskussion gekennzeichnet: 40 % der Aktien von Siemens befinden sich in der Hand von so genannten Pensionsfonds, also australischen, amerikanischen, kanadischen Pensionsfonds. Diese Leute haben nur ein mittelbares Interesse an dem Unternehmen Siemens. Diese haben ein Interesse daran, dass ihre Fonds eine hohe Rendite bekommen. Nun haben die gesagt, General Electric, mit dem Siemens auf der Welt konkurriert, hat eine Kapitalrendite von 15 % und ihr habt nur eine von 10 %, also, haben sie gesagt, versenkt eure Paddelboote, das heißt die Geschäftsbereiche, die den Durchschnitt in der Kapitalrendite bei Siemens nach unten ziehen. Dies war die Aufforderung, schmeißt die Geschäftsbereiche heraus, was – nebenbei gesagt – mit dem Verlust von Tausenden von Arbeitsplätzen verbunden ist. Diese Geschäftsbereiche werden aussortiert, damit die Kapitalrendite um 5 % oder jedenfalls in diese Richtung ansteigt.

Damit haben die die Medizintechnik gemeint, die damals keine Minuspunkte eingefahren, aber keine so hohe Rendite abgeworfen hat. Die hatten Schwierigkeiten in Amerika, aber nicht wegen der Qualität der Produkte. Die haben damals einen Magneto-Computertomographen – dies war vor zwei Jahren – erfunden und hatten von der Zulassung her Schwierigkeiten auf dem amerikanischen Markt.

Wenn die Siemens-Leute diesem Rat gefolgt wären und hätten die Medizintechnik herausgeschmissen, dann hätten sie einen schweren ökonomischen Fehler gemacht; denn die Medizintechnik ist heute der Renner bei Siemens. Damit verdienen die zurzeit das meiste Geld.

Ich benötige noch nicht einmal ein Evangelium, aber das Evangelium kann es verdeutlichen, um zu erkennen, dass es falsch ist, das Schicksal eines Unternehmens ausschließlich am

kurzfristigsten Kriterium festzumachen, das es in der Ökonomie gibt, nämlich am Aktienkurs bzw. an der Kapitalrendite. Es ist wichtig, deutlich zu machen, dass die Botschaft des Evangeliums, Gerechtigkeit zu realisieren, wichtig ist. Darüber hinaus ist es wichtig deutlich zu machen, dass es gleichzeitig auch ökonomisch richtig ist, wenn sich die Menschen sozial, human oder christlich verhalten.

Das fängt in der Schule an und hört bei den Medien auf. Frau Dr. Götte, unterschätzen Sie das bitte nicht. Wir leben in einer Mediengesellschaft, und Sie können eine Botschaft nur überbringen, und zwar so, dass sie die Menschen verstehen, wenn Sie die modernen Medien nutzen. Sie müssen Bilder schaffen, die die Menschen sehen. Mittels dieser Bilder müssen Sie die Botschaft vermitteln. Die katholische Kirche war früher Weltmeister darin, wenn man zum Beispiel an die Farben und Sinne, an Weihrauch und Myrrhe, an Wasser und Wein, an Brot und Öl denkt, um den Menschen die Geheimnisse und Wahrheiten des Evangeliums deutlich zu machen.

Natürlich können wir heute so nicht mehr arbeiten und die Wahrheiten vermitteln. Wir müssen die modernen Medien nutzen. Es müssen Ereignisse und Bilder geschaffen werden, die die Menschen sehen können. Dann kann auch die Botschaft vermittelt werden.

Deshalb bin ich zum Beispiel der Auffassung, dass das „Wort am Sonntag“ in Ordnung ist. Die Bischöfe, die reden können und die die Botschaft formulieren können, müssen in die Talkshows hinein.

(Zuruf: In die Aufsichtsräte!)

– Von mir aus auch in die Aufsichtsräte. In denen sind sie vielleicht sogar schon vertreten.

Sie müssen in die Medien hinein und über die Medien und mit der Konkretisierung von ganz bestimmten Ereignissen die Botschaft des Evangeliums darstellen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass in dieser Hinsicht ein großes Defizit vorhanden ist, dass wir uns bei der Vermittlung dieser Botschaft auf den kirchlichen Raum und auf das beschränken, was den Kirchen in den modernen Medien zugewiesen wird, wie zum Beispiel das „Wort zum Sonntag“. Hinsichtlich der modernen Medienwelt absentieren wir uns im Grunde genommen als Christen.

Bärbel Wartenberg-Potter: Das Sichtbarmachen dieser Menschen, die von dem ungerechten „Turbokapitalismus“ und von der Globalisierung betroffen sind, ist zu einem großen Teil von uns und auch von unserer Einflussnahme auf die Medien abhängig. Ich setze darauf, dass wir so etwas wie eine christliche Zivilcourage entwickeln. An den Stellen, an denen über solche Dinge als unvermeidbare Selbstverständlichkeit geredet wird, müssen wir den Mut haben, Fragen zu stellen und zu intervenieren.

Wenn die Diskussion über die Ziele unserer gesellschaftlichen Entwicklung nicht mit mutigen Interventionen verbunden werden, und zwar an allen Stellen, in diesem Hause und anderswo, kommen wir mit unseren Zielen nicht weiter; nicht ohne die mutige christliche Zivilcourage, denn wir sind schließlich die Träger dieser Botschaft.

Klaus Bresser: In diesem Saal haben heute lauter gutwillige Menschen gegessen. Die anderen fehlen. Herr Pfarrer, Sie haben Recht, dass die Atheisten, die Materialisten, die Hedonisten, die Pragmatiker und die Globalisierer heute nicht anwesend sind. Ihnen sei aber das nahe gelegt, was heute gesagt worden ist, dass eine Rückbesinnung auf das christliche Menschenbild nicht nur moralisch wertvoll, sondern auch vernünftig ist. Das ist die Botschaft des heutigen Abends, meiner Meinung nach eine wichtige Botschaft.

In der Schriftenreihe des Landtags sind bisher erschienen:

Heft 1:

Sondersitzung des Landtags Rheinland-Pfalz zum Gedenken an die
Opfer des Nationalsozialismus,
Mainz 1998

Heft 2:

Privatisierung und parlamentarische Recht,
Mainz 1998

Heft 3:

„Eure Freiheit ist unsere Freiheit, und unsere Freiheit ist die Eure“
1848 - europäische Revolution?,
Mainz 1998

Heft 4:

Parlamentsreform
Bericht der Enquete-Kommission des Landtags Rheinland-Pfalz,
Mainz 1998

Heft 5:

Sozialpolitik auf dem Prüfstand
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung aus Anlaß
der Tage der Forschung 1998,
Mainz 1998 (vergriffen)

Heft 6:

Zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
Dokumentation der Veranstaltung am 27. Januar 1999,
Mainz 1999

Heft 7

Kirche und Staat.
Partner am Wendepunkt?
Podiumsdiskussion
Mainz 1999

Heft 8

Gedenkveranstaltung

zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges

Mainz 1999

Heft 9

Verfassungsreform

Der Weg zur neuen Landesverfassung vom 18. Mai 2000

Mainz 2000

Heft 10

Veranstaltungen zum Tag des Gedenkens an die Opfer
des Nationalsozialismus am 27. Januar 2000

Kinder und Jugendliche im Holocaust

Mainz 2000

Heft 11

Parteienfinanzierung im internationalen Vergleich

Mainz 2000

Heft 12

Volk oder Parteien – wer ist der Souverän?

Podiumsdiskussion im Landtag Rheinland-Pfalz am 20. Juni 2000

Mainz 2000

LANDTAG
RHEINLAND-PFALZ

